



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

12/2000

28.09.2000, 6. Jahrgang

Aktuelle Trends

Hans-Ulrich Brautzsch/Brigitte Loose/Udo Ludwig

Ostdeutsche Wirtschaft 2000 und 2001: Wachstum
der gesamtwirtschaftlichen Produktion verstärkt
sich trotz erneutem Absturz im Baubereich

Hans-Ulrich Brautzsch/Brigitte Loose/Udo Ludwig

Die sektorale Entwicklung der ostdeutschen
Wirtschaft im Lichte des Europäischen Systems
Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Michael Seifert

Zu den Auswirkungen von Wechselkursänderungen
auf das langfristige Exportwachstum der Euro-Länder

Christian Dreger/Christian Schumacher

Gibt es den Weltrealzinssatz?

Siegfried Beer

Branchenskizze:

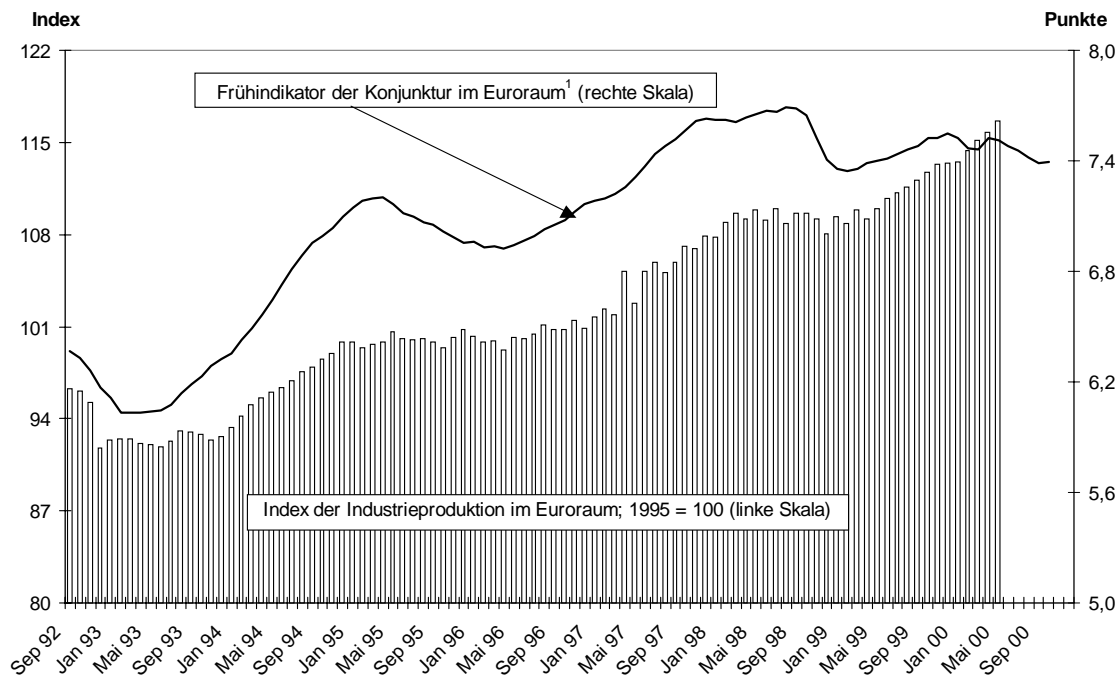
Ostdeutsche Gummi- und Kunststoffwarenindustrie

Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im August 2000

Aktuelle Trends

Leichte Abkühlung der Konjunktur im Euroraum



¹ Indikatorwerte auf der Zeitachse um vier Monate nach vorn versetzt.

Quellen: OECD; Eurostat; Berechnungen des IWH.

Nach der kräftigen konjunkturellen Dynamik^a im Euroraum seit Mitte des vergangenen Jahres weist der vom IWH regelmäßig berechnete Frühindikator^b jetzt auf eine leichte Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Expansion hin. Diese Richtungsänderung des Indikators ist auf den Einfluss der Zinsstruktur zurückzuführen, die sich nach mehreren Leitzinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank geändert hat. Ob die Konjunktur tatsächlich die hier prognostizierte Bewegung nachvollzieht, muss sich zeigen, da die Umfrageergebnisse bisher auf eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung hinweisen. So ist das Konsumentenvertrauen im Euroraum nahezu unverändert hoch, und in der Industrie hat sich die positive Beurteilung der wirtschaftlichen Lage sowie der Aussichten gefestigt. Die Kapazitätsauslastung im Euroraum ist im Juli nochmals angestiegen, und die Exporterwartungen der Unternehmen sind, nicht zuletzt aufgrund der anhaltend günstigen Konjunktur-entwicklung in den USA, weiter aufwärtsgerichtet. Stützend wirkt dabei weiterhin die niedrige Bewertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen. Die in der Bauwirtschaft noch im ersten Quartal dieses Jahres festgestellte Stimmungseintrübung hat sich nur teilweise bestätigt.

Michael Seifert (mst@iwh-halle.de)

^a Wegen bislang fehlender langer Reihen für das vierteljährlich berichtete Bruttoinlandsprodukt wird die Konjunktur an der Industrieproduktion gemessen.

^b Der Indikator enthält die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe, die Baugenehmigungen, das Konsumentenvertrauen, die Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage, die erwartete Richtung der Produktionsveränderung innerhalb der folgenden drei Monate sowie die Beurteilung des Auftragseinganges, des Auftragsbestandes, des Fertigwarenlagers und der Kapazitätsauslastung sowie die Aktienkurse. Diese werden von Eurostat aufbereitet und als *economic sentiment indicator* zur Verfügung gestellt. Zur Verbesserung der Prognosequalität berücksichtigt der IWH-Indikator zusätzlich die Zinsstruktur.

Ostdeutsche Wirtschaft 2000 und 2001: Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion verstärkt sich trotz erneutem Absturz im Baubereich

Der exportgeleitete Aufschwung in Deutschland hat auch die ostdeutsche Wirtschaft erfasst. Gestützt auf die kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen expandieren Nachfrage und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe seit dem Herbst 1999 mit zweistelligen Zuwachsraten. Besonders die Hersteller von Vorleistungsgütern und von Investitionsgütern profitieren vom Aufwärtstrend im Export und seiner Ausstrahlung auf die Investitionstätigkeit im Inland. Aber auch die Unternehmensdienstleister werden von dieser Entwicklung mitgezogen. Wegen der am Anfang eines konjunkturellen Aufschwungs typischen, mit zeitlicher Verzögerung eintretenden Beschleunigung des privaten Verbrauchs ist der Nachfrageimpuls für die Hersteller von Ge- und Verbrauchsgütern, den Handel und die konsumnahen Dienstleister in diesem Jahr noch verhalten. Diese Anbieter dürften erst im kommenden Jahr an die kräftige Aufwärtsbewegung ankoppeln. Ganz im Gegensatz dazu setzt sich die Abwärtsbewegung im ostdeutschen Baugewerbe in diesem Jahr nicht nur fort, sondern sie verstärkt sich sogar sprunghaft. Vor allem im Mietwohnungsbau und im gewerblichen Bau läuft die Anpassung an ein langfristig tragbares Niveau auf eine „harte Landung“ hinaus. Im nächsten Jahr wird sich der Rückgang abschwächen, die Talsohle der Entwicklung im Bausektor wird jedoch noch nicht erreicht.

Bei diesem Nebeneinander von Expansion und Schrumpfung nimmt das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland in diesem Jahr um 2,5 % und im nächsten Jahr um 2,9 % zu. Sein Wachstum bleibt damit im Jahr 2000 noch einmal hinter dem Anstieg in Westdeutschland zurück und schließt erst danach zu ihm auf. Bei diesen Wachstumsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird die Erwerbstätigkeit insgesamt erneut zurückgehen, wenngleich vor allem im zweiten Arbeitsmarkt aufgrund der verschärften Bedingungen für die Bewilligung von Lohnkostenzuschüssen. Auch wenn der Arbeitsplatzabbau im Baugewerbe und im öffentlichen Dienst anhalten wird, dürfte die Talsohle der Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt im Jahr 2001 erreicht werden. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird mit rund 18 % der Erwerbspersonen auf hohem Niveau verharren.

Wirtschaftsprognosen knüpfen in der Regel an die von der amtlichen Statistik berichteten ein-

schlägigen Vorgänge in der nahen und fernen Vergangenheit an. Dies war in der jüngsten Zeit auf regionaler Ebene nur sehr eingeschränkt möglich, da die Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf das Europäische System von 1995 (ESVG'95) offenbar mehr Zeit der Statistiker beanspruchte als ursprünglich geplant war. Seit August liegt nun die Erstberechnung der Produktions-, Einkommens- und Beschäftigungsdaten nach dem neuen System für Länder und die Ost-West-Regionen in Deutschland vor¹ und schärft wieder den Blick der Prognostiker in die Zukunft. Laut ESVG'95 ist das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (ohne Berlin) im Jahr 1999 um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Wie hat sich die Entwicklung in diesem Jahr fortgesetzt und welche Tendenz zeichnet sich für das Jahr 2001 ab? Diesen Fragen wird hier nachgegangen. Damit aktualisiert und ergänzt das IWH zugleich seine Prognosen für die ostdeutsche Wirtschaft aus diesem Jahr.²

Verarbeitendes Gewerbe: Rückkehr auf hohen Wachstumspfad

Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands ist im vergangenen Jahr unter dem Druck der regionalen Krisen im weltwirtschaftlichen Umfeld nur um 4,4 % gewachsen.³ Dies entspricht einer Halbierung des Anstiegs gegenüber den Vorjahren. Gestützt auf die kontinuierlich gestiegene Wettbewerbsfähigkeit⁴ besitzt das Verarbeitende Gewerbe gute Aussichten nicht nur auf die Fortsetzung des Wachstumsprozesses,

¹ Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG: Bruttoinlandsprodukt in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 1999 – revidierte Ergebnisse nach ESVG 1995. Stuttgart, August 2000.

² Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Ostdeutsche Wirtschaft auch im Jahr 2000 zwischen Hoch in der Industrie und Tief im Bau, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2000, S. 97 ff.

³ Diese Angabe aus der VGR weicht überdurchschnittlich vom Produktionsindex aus der Fachstatistik für das Verarbeitende Gewerbe ab. Damit ist nicht auszuschließen, dass das Wachstum der Bruttowertschöpfung im Jahr 1999 beim jetzigen Rechenstand unterschätzt wird.

⁴ Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Die sektorale Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft im Lichte des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in diesem Heft S. 339 ff.

sondern sogar auf dessen erneute Beschleunigung. Bereits seit dem Herbst 1999 hat das Tempo angezogen – nach der deutlichen Abschwächung in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres.

Für den weiteren Verlauf in diesem Jahr zeigen die Auftragseingänge und auch die Geschäftserwartungen der vom IWH befragten Unternehmen ein Beibehalten des hohen Wachstumstempos der Produktion an.

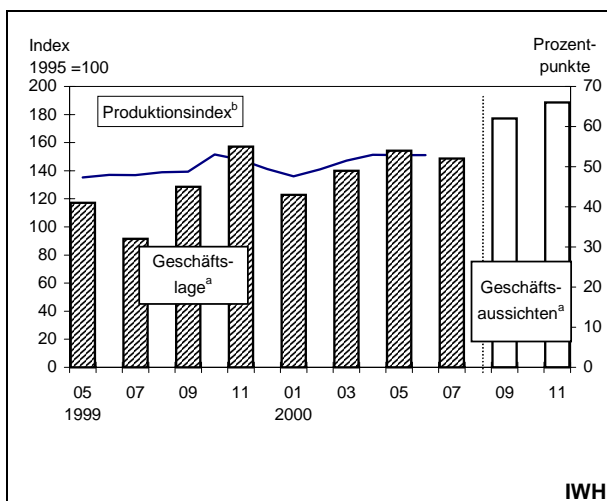
Tabelle 1:
Vierteljährliches Produktionswachstum im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands^a
- Volumenindex der Produktion -

	Veränderung in % gegenüber	
	Vorjahresquartal ^b	Vorquartal ^c
1999		
1. Vierteljahr	6,0	2,7
2. Vierteljahr	5,9	1,8
3. Vierteljahr	7,1	3,0
4. Vierteljahr	12,4	4,5
2000		
1. Vierteljahr	11,4	1,3
2. Vierteljahr	11,8	2,5

^a Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost. – ^b Arbeitstäglich bereinigt. – ^c Arbeitstäglich und saisonbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Abbildung 1:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe



^a Differenz aus den Prozentanteilen der optimistischen und pessimistischen Urteile der befragten Unternehmen. – ^b *Nachrichtlich*: Gleitender Drei-Monatsdurchschnitt der Produktionsindizes des Verarbeitenden Gewerbes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH

Tabelle 2:
Auslandsumsatz der ostdeutschen Industrie^a
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

Gütergruppe	1998	1999	2000 1. Hj.	Nachr.: Umsatz 1. Hj. 2000
Vorleistungsgüter	14,9	11,6	37,7	21,9
Investitionsgüter	71,1	11,3	30,2	11,2
Gebrauchsgüter	3,3	4,0	30,0	13,8
Verbrauchsgüter	5,2	1,4	15,0	7,9
Insgesamt	33,8	10,3	32,0	15,4

^a Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 3:
Exportquoten der ostdeutschen Industrie^a
- Anteil des Auslands- am Gesamtumsatz in % -

Gütergruppe	1997	1998	1999	1. Hj. 2000	
				NBL	ABL
Vorleistungsgüter	15,3	16,3	17,1	19,4	32,1
Investitionsgüter	20,6	30,1	30,6	35,8	52,7
Gebrauchsgüter	16,3	15,3	15,4	17,3	31,8
Verbrauchsgüter	6,9	7,1	7,1	7,3	19,3
Insgesamt	14,6	17,9	18,7	21,2	37,2

^a Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost.

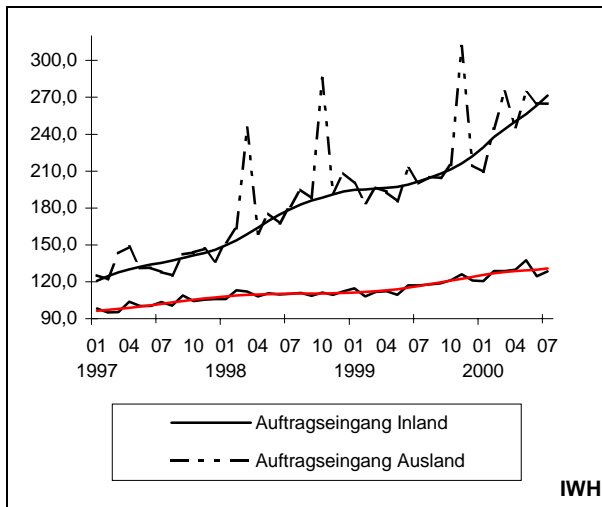
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Derzeit profitieren die Unternehmen vor allem vom kraftvollen konjunkturellen Aufschwung im internationalen Umfeld. Der starke Zuwachs an Aufträgen aus dem Ausland und die zunehmende Bedeutung des Auslandsumsatzes signalisieren zugleich weitere Fortschritte in der Marktfähigkeit und Akzeptanz ostdeutscher Industriegüter vor allem in Westeuropa. Die Aufwärtstendenz zieht sich mit zweistelligen Zuwachsraten durch alle Hauptgütergruppen. Vor diesem Hintergrund kletterte die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes in der ersten Jahreshälfte 2000 auf reichlich ein Fünftel.

Die zunehmende Abhängigkeit des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes von der internationalen Konjunktur impliziert freilich auch das Risiko von Nachfrageausfällen bei – wie in vielen Prognosen beschrieben – nachlassenden Auslandsimpulsen im kommenden Jahr.⁵ Wenn dann – wie

⁵ Vgl. z.B. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunktur 2000 und 2001: Wechsel der Auftriebskräfte stabilisiert starke Produktionsdynamik in Deutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 10/2000, S. 271 ff.

Abbildung 2:
Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands^a
- Saisonbereinigte Volumenindizes und Trend (glatte Komponente), 1995=100 -



^a Neue Bundesländer und Berlin-Ost.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

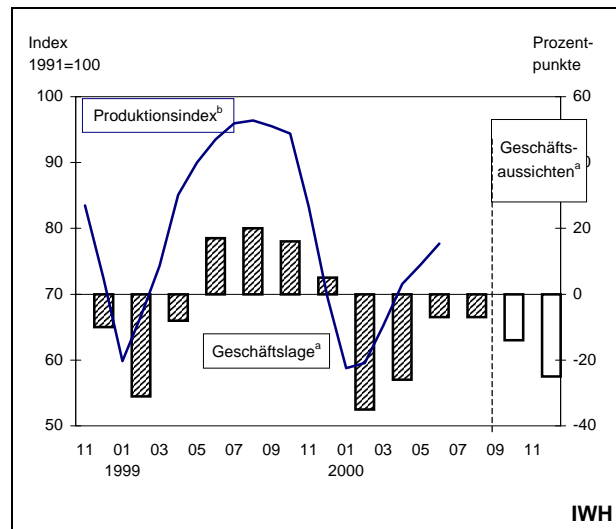
in den Prognosen ebenfalls erwartet – die Binnenkonjunktur in Deutschland stärker in Schwung kommt, wird das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland einen neuen Schub erhalten. Gerade in diesem Wechsel der Nachfrageimpulse zum Inland wird seine vergleichsweise hohe Binnenorientierung zum Zuge kommen. Die anziehende Inlandskonjunktur wird ausreichen, um im Jahr 2001 die erwartete Abschwächung der Nachfrageimpulse vom Ausland zu kompensieren.

Die Bestellungen aus dem Inland, das hier den gesamtdeutschen Wirtschaftsraum umfasst, expandieren ohnehin schon jetzt kräftig, vor allem die Auftragseingänge bei Vorleistungsgütern und Investitionsgütern. Auch von der Nachfrageseite sind damit günstige Voraussetzungen für die Rückkehr des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland auf den hohen Wachstumspfad in den neunziger Jahren gegeben. Die Wertschöpfung dürfte in diesem und im nächsten Jahr um rund 10 % zunehmen.

Baugewerbe: Talfahrt mit Sprüngen

Die derzeit verfügbaren amtlichen Frühindikatoren, wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen, sowie die IWH-Umfragen zur Geschäftsentwicklung signalisieren, dass sich die Talfahrt des Baugewerbes im Prognosezeitraum fortsetzen wird. Nachfrage und Produktion schrumpfen in diesem Jahr sogar deutlich stärker als im Vorjahr.

Abbildung 3:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe



^a Differenz aus den Prozentanteilen der optimistischen und pessimistischen Urteile der befragten Unternehmen. – ^b Nachrichtlich: Gleitender Drei-Monatsdurchschnitt der Produktionsindizes des Bauhauptgewerbes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Insbesondere gibt es bisher keine Anzeichen, dass der Produktionseinbruch im Hochbau und dabei hauptsächlich im Wohnungsbau bald gestoppt wird. Die Nachfragerückgänge haben sich im Gegenteil im 1. Halbjahr 2000 nochmals stark beschleunigt. Auch wenn die Modernisierung und Sanierung des Altbestandes und die Schließung von Baulücken im innerstädtischen Bereich noch nicht abgeschlossen sind und der Versorgungsgrad mit Eigenheimen deutlich unter westdeutschen Verhältnissen liegt, wird die Nachfrage im Prognosezeitraum hier weiter nachgeben. Vor allem bieten die mit den Überkapazitäten an Geschosswohnungen verbundenen Vermietungsprobleme und die damit zusammenhängenden ungünstigen Renditeaussichten kaum Anreize für Investoren. In dem Maße, wie bestehende Wohnungsüberhänge abgebaut werden sowie die verfügbaren Einkommen im Zuge der Verstärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums steigen, wird auch die Talsohle im Wohnungsbau erreicht werden. Dieser Zeitpunkt dürfte erst nach dem Jahr 2001 liegen. Die Abwärtsbewegung wird sich aber im kommenden Jahr mit einem Rückgang von etwa 3 % nach 7,5 % in diesem Jahr wieder abschwächen.

Nicht ganz so negativ zeichnet sich die Entwicklung im Wirtschaftsbau ab. Zwar deutet der bereits seit 5 Jahren anhaltende und im ersten Halbjahr 2000 nochmals leicht beschleunigte Rück-

Tabelle 4:
Entwicklung der Bauinvestitionen in Ostdeutschland^a
- Veränderung gegen dem Vorjahr in % -

Jahr	Bauinvestitionen insgesamt	davon:	
		Wohn- bauten	Gewerbliche und Öffent- liche Bauten
1992	43,0	35,8	47,0
1993	19,6	27,0	16,0
1994	24,3	40,1	15,7
1995	2,4	13,6	-5,1
1996	-1,2	6,1	-7,0
1997	-4,4	-0,6	-7,8
1998	-7,9	-9,1	-6,7
1999	-1,3	-3,2	0,4
2000	-6,0	-7,5	-4,7
2001	-2,2	-3,0	-1,5

^a Neue Bundesländer und Berlin-Ost.

Quellen: Statistisches Bundesamt (ESVG 1995); 2000 und 2001 Prognose des IWH.

gang der gewerblichen Bauinvestitionen darauf hin, dass der in der ersten Hälfte der neunziger Jahre entstandene Kapazitätsüberhang nur allmählich abgebaut wird. Die Nachfrageimpulse aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland werden jedoch nicht mehr so stark nachlassen wie in diesem Jahr. So sind bauliche Erweiterungsinvestitionen angesichts der wieder kräftig expandierenden Industrieproduktion für 2001 zu erwarten. Darauf verweist auch die IWH-Industrienumfrage zu den Investitionsplänen der Unternehmen. Insbesondere beabsichtigen Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten, die Investitionsausgaben für Bauten nach langjähriger Zurückhaltung nun wieder zu erhöhen. Die Baugenehmigungen deuten im saisonbereinigten Verlauf aufgrund einer leicht aufwärtsgerichteten Tendenz bei den Fabrik- und Werkstattgebäuden sowie den Handels- und Lagergebäuden ebenfalls auf eine deutliche Abflachung des Abwärtstrends im Wirtschaftsbau hin. Die Nachfrage nach gewerblichen Bauten nimmt aber im Jahr 2000 insgesamt – wegen der Schwäche im ersten Halbjahr – mit etwa 5% nochmals etwas stärker ab als im Vorjahr. Im nächsten Jahr wird bei anhaltend hohem Wachstum in der ostdeutschen Industrie, aber auch im Dienstleistungsgewerbe die Entwicklung im Wirtschaftsbau mit einem Rückgang von nur noch 1 % im Jahresdurchschnitt weniger ungünstig verlaufen. Die Investitionsaktivitäten im öffentlichen Bereich dürften angesichts der angespannten Haushaltslage der ostdeutschen Länder und Kommunen

Tabelle 5:
Bauinvestitionen in Ostdeutschland pro Kopf der Bevölkerung
- in jeweiligen Preisen; Alte Bundesländer=100 -

Jahr	Bauinvestitionen insgesamt	davon:	
		Wohn- bauten	Gewerbliche und Öffent- liche Bauten
1994	164	110	242
1995	176	131	240
1996	181	143	238
1997	173	141	223
1998	153	121	205
1999	147	115	198
2000	140	108	190
2001	137	105	188

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

in beiden Jahren nachgeben, und zwar mit 4 % in diesem bzw. 2,5 % im nächsten Jahr.

Alles in allem führt eine solche Entwicklung der Bauinvestitionen zu einem Pro-Kopf-Niveau, das zwar weiter rückläufig ist, aber mit etwa 40 % über dem westdeutschen Stand bleibt. Im Sog des Nachfragerückgangs wird die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe um 7 % im laufenden Jahr und um ca. 3 % im Jahr 2001 sinken.

Dienstleistungsbereich: Gespaltene Entwicklung

Im Bereich Handel und Gastgewerbe ist die Bruttowertschöpfung im vergangenen Jahr um 1,2 % gestiegen. Dieser leichte Aufwärtstrend hält in diesem Jahr an und wird sich erst im kommenden Jahr mit dem intensiveren Übergreifen des konjunkturellen Aufschwungs auf die Binnenwirtschaft verstärken. Dann tritt die vorgezogene dritte Stufe des Steuerentlastungsgesetzes in Kraft und wird eine deutliche Zunahme der verfügbaren Einkommen mit sich bringen. Der damit induzierte Ausgabenanstieg der privaten Haushalte wird auch den konsumnahen Dienstleistern zugute kommen.

Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist die Wertschöpfung im vergangenen Jahr um 5,4 % gewachsen. Sie wird weiterhin kräftig expandieren, auch wenn das Geschäftsklima im Verkehrsgewerbe angesichts der derzeit hohen Kraftstoffpreise vorübergehend eingetrübt ist. Insgesamt wird sich das Wachstum im Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr beschleunigen.

Besonders kräftig wird im Prognosezeitraum der Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ seine Wertschöp-

fung ausdehnen. Die unternehmensnahen Dienstleister in den neuen Bundesländern profitieren inzwischen in ähnlicher Weise von dem gesamtwirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland wie ihre westdeutschen Wettbewerber.⁶ Allerdings gibt es hier Branchen, für die Abstriche gemacht werden müssen, wie z. B. baunahe Dienstleister, die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, die Abwasserentsorgung.

Die Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister wird insgesamt nur moderat zunehmen. Einem weiteren – wenn auch abgeschwächten – Rückgang im öffentlichen Sektor wird ein geringer Zuwachs bei den privaten Dienstleistern gegenüberstehen.

Gesamtwirtschaftlicher Ausblick 2000 und 2001

Auch im Prognosezeitraum wird das Nebeneinander von Expansion und Schrumpfung der sektoralen Wertschöpfung anhalten. Die Spreizung zwischen dem weiter zurückfallenden Baugewerbe und dem kräftig wachsenden Verarbeitenden Gewerbe nimmt dabei in diesem Jahr infolge der Verstärkung beider Tendenzen sogar wieder zu. Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister setzt seinen Aufwärtstrend fort. Sein Beitrag zum Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist zusammen mit dem des Verarbeitenden Gewerbes groß genug, um die erneut kräftigen Produktionsausfälle im Baugewerbe mehr als auszugleichen. Allerdings bleibt das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in die-

sem Jahr noch hinter der gesamtwirtschaftlichen Expansionsrate in Westdeutschland zurück. Wenn im kommenden Jahr die Abwärtstendenz im Baugewerbe schwächer wird, dürfte die anziehende Binnenkonjunktur in Deutschland die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion so stark bestimmen, dass Ostdeutschland im Wachstumstempo des Bruttoinlandsprodukts mit Westdeutschland gleichziehen wird.

Arbeitsmarkt: Talsohle der Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt im Jahr 2001 in Sichtweite

Die Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt ist unverändert kritisch. Die Zahl der Erwerbstätigen in den ostdeutschen Flächenländern ging im Jahr 1999 nochmals um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Im ersten Arbeitsmarkt lag die Beschäftigung sogar um mehr als 1 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Sie nahm zwar im Verarbeitenden Gewerbe um 1,2 Prozent zu, und auch bei unternehmerischen Dienstleistern wurde sie aufgestockt. Der kräftige Personalabbau – insbesondere im Baugewerbe und im öffentlichen Dienst – konnte jedoch nicht kompensiert werden. Diese Entwicklung setzte sich auch im Verlauf des Jahres 2000 fort.

Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt in diesem Jahr um 111.000 Personen gegenüber dem Vorjahr ab. Davon sind allein 90.000 Beschäftigungsverhältnisse im zweiten Arbeitsmarkt betroffen. Ausschlaggebend dafür ist der Rückgang von Lohnkostenzuschüssen im Zusammenhang mit der Einführung der Zielgruppenbindung. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen steigt um 43.000 auf 1,27 Millionen im Jahresdurchschnitt und verfestigt sich damit weiter. Bemerkenswert ist, dass der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit deutlich geringer ausfällt als die Reduzierung der Erwerbstätigenzahl. Dies ist insbesondere auf das rückläufige Arbeitsangebot zurückzuführen.

Der Personalabbau im ersten Arbeitsmarkt wird im Verlauf des Jahres 2001 zum Stillstand kommen. Der Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Unternehmensdienstleistern wird zwar etwas an Dynamik gewinnen. Er bleibt jedoch hinter dem kraftigen Produktionswachstum in diesen Zweigen zurück, da viele Unternehmen aufgrund ihrer – gegenüber den westdeutschen Wettbewerbern – relativ höheren Kostenbelastung gezwungen sind, die zunehmende Nachfrage auch über Produktivitätssteigerungen zu befriedigen. Der Beschäftigungsaufbau in den Wachstumsbranchen wird jedoch dann im Großen und Ganzen den

Tabelle 6:

Reale Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland^a

- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %, in Preisen von 1995 -

	1999	2000	2001
Produzierendes Gewerbe	0,5	1,9	3,5
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	4,4	10,7	9,6
Baugewerbe	-3,2	-7,0	-3,2
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	2,7	3,0	3,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	4,0	5,7	5,7
Öffentliche und private Dienstleister	1,0	1,2	1,1
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,5	2,9

^a Ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Prognose des IWH.

⁶ Vgl. SPITZ, A.: Konjunktureller Aufschwung bei den unternehmensnahen Dienstleistern, in: ZEW Branchenreport Dienstleistungen, Juli 2000, S. 1.

Tabelle 7:
Eckdaten zum Arbeitsmarkt in Ostdeutschland (ohne Berlin)
- Inländerkonzept -

	1998	1999	2000	2001
<i>in 1.000 Personen</i>				
Erwerbsfähige ^a	9.803	9.794	9.780	9.773
Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5.762	5.731	5.620	5.600
Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt	5.464	5.400	5.379	5.378
<i>Auspendler</i>	394	400	410	420
<i>Einpendler</i>	133	139	143	145
Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer)	6.023	5.992	5.887	5.876
Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt	5.725	5.661	5.646	5.654
Unterbeschäftigung ^b	1.832	1.823	1.775	1.705
<i>Arbeitslose</i>	1.256	1.227	1.270	1.230
<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	35	33	33	33
<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	17	12	9	9
<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	298	331	241	222
<i>Teilnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung in Vollzeitäquivalenten</i>	133	129	130	120
<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	8	8	8	8
<i>Vorruheständler^d</i>	85	83	79	76
<i>Altersteilzeit</i>	0	0	5	7
Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangehender Erwerbstätigkeit	46	47	48	50
Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve ^e	7.586	7.521	7.460	7.400
<i>in %</i>				
Erwerbsbeteiligungsquote ^f	77,4	76,8	76,3	75,7
Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ^g	58,4	57,8	57,7	57,8
Erwerbstätigenquote insgesamt ^h	61,4	61,2	60,2	60,1
Unterbeschäftigungsquote ⁱ	24,2	24,3	23,8	23,0
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	70,5	69,1	73,5	74,1
Arbeitslosenquote ^k	17,7	17,4	18,1	17,7

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Summe aus den nachgestellten Kursivwerten. – ^c Einschl. Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^d Einschließlich Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Da Kurzarbeiter bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, ist der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten zu subtrahieren, um eine Doppelzählung zu vermeiden. – ^f Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^g Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^h Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ⁱ Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve. – ^k Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt (ohne Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten), Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen des IWH; 2000 und 20001: Prognose des IWH

Abbau von Arbeitsplätzen im Baugewerbe und beim Staat ausgleichen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit wird sich im kommenden Jahr zurückbilden. Maßgeblich hierfür ist der fortgesetzte Rückgang des Arbeitsangebots⁷, der insbesondere durch Altersstruktur-

effekte, die Inanspruchnahme der gesetzlichen Regelungen zur Altersteilzeit sowie den Übergang in den vorzeitigen Ruhestand verursacht ist. Außerdem nimmt die Erwerbsneigung infolge der wachsenden Bildungsbeteiligung weiter ab.

Hans-Ulrich Brautzsch (brt@iwh-halle.de),
Brigitte Loose (blo@iwh-halle.de),
Udo Ludwig (ldw@iwh-halle.de)

⁷ Vgl. SCHNEIDER, H.; BERGEMANN, A.; FUCHS, O.; KEMPE, W.; KOLB, J.: Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. IWH-Sonderheft 3/2000, S.20 ff.

Die sektorale Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft im Lichte des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Die Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf das Europäische System lässt für Ostdeutschland auch die sektoralen Entstehungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts in einem anderen Licht erscheinen. Während sich merkliche Veränderungen im Wachstumsverlauf der Wirtschaftsbereiche auf wenige Jahre – vor allem zu Beginn der Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft – konzentrieren, hat das europaweit harmonisierte Berechnungskonzept zu einem neuen strukturellen Erscheinungsbild der ostdeutschen Wirtschaft geführt. Im Gefolge der Eliminierung der Gütersteuern im Herstellungspreis, aber auch im Zusammenhang mit der Neugliederung der Wirtschaftszweige wird die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe deutlich niedriger als bisher, im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr dagegen deutlich höher, im Baugewerbe und bei den unternehmerischen Dienstleistern geringfügig höher ausgewiesen. Das hat zur Folge, dass die führende Rolle im Wachstumsprozess in der ersten Hälfte der neunziger Jahren nicht ausschließlich dem Baugewerbe und in den Folgejahren nicht vorrangig dem Verarbeitenden Gewerbe, sondern dem Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen zukommt.

Das Datenangebot im neuen Rechensystem bietet zugleich erstmals wieder seit 1996 die Möglichkeit, die Entwicklung von Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen zu bewerten. Dabei zeigt sich, dass vor allem der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie die unternehmerischen Dienstleister dafür verantwortlich sind, dass die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Ostdeutschlands den westdeutschen Vergleichswert immer noch um 12 % überschreiten. Dagegen zeichnet sich das ostdeutsche Baugewerbe bereits seit 1994 durch Kostenvorteile im Wettbewerb mit westdeutschen Anbietern aus. Das Verarbeitende Gewerbe hat in den neunziger Jahren systematisch den Nachteil bei den Lohnstückkosten abgebaut, ohne jedoch das westdeutsche Vergleichsniveau bereits zu erreichen. Die – verglichen mit Westdeutschland – höheren durchschnittlichen Lohnstückkosten in den wachstumsbestimmenden Wirtschaftsbereichen Verarbeiten des Gewerbe und Unternehmensdienstleistungen führten dazu, dass der kräftige Produktionsanstieg bis-

her nur einen vergleichsweise schwachen Beschäftigungsaufbau nach sich gezogen hat.

Die bislang gültigen gesamtwirtschaftlichen Größen für Ostdeutschland in den neunziger Jahren haben sich, wie die jüngst veröffentlichte Erstberechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zeigt,⁸ mit dem Übergang auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen von 1995 (ESVG'95), mit der Aktualisierung der Preisbasis für die Ermittlung realer Größen und mit der neuen Abgrenzung des Wirtschaftsgebietes Ostdeutschland (mit oder ohne Berlin) grundlegend geändert. Das gilt nicht nur für die Höhe und Entwicklung der im Bruttoinlandsprodukt gemessenen gesamtwirtschaftlichen Leistung, sondern auch für die Ebene der Wirtschaftsbereiche. Die Änderungen betreffen hier vor allem die Messung der Produktionswerte und der Bruttowertschöpfung nach einem neuen Preiskonzept. Sie resultieren aber auch aus der Neugliederung der Wirtschaftszweige (vgl. Kasten). Dieser Aufsatz ist der Interpretationen des neuen Datenkranzes der amtlichen Statistik auf der Ebene der Wirtschaftsbereiche gewidmet.⁹

Mit der Einführung des ESVG wurden auch die Erwerbstätigenangaben und die Arbeitnehmerentgelte neu berechnet. Erstmals seit 1996 ergibt sich nun wieder die Chance, Kosten- und Produktivitätsrelationen zu Westdeutschland nach Wirtschaftsbereichen darzustellen. In der vorliegenden Arbeit werden deshalb auch die sektoralen Fortschritte beim Abbau der Produktivitätslücke und bei der Verringerung der Lohnstückkosten aus ESVG-Perspektive beleuchtet.

Alle im Folgenden dargestellten Revisionsergebnisse beziehen sich auf die engere gebietliche

⁸ Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG: Bruttoinlandsprodukt in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 1999 – revidierte Ergebnisse nach ESVG 1995. Stuttgart, August 2000.

⁹ Mit diesem Beitrag wird die Auswertung der im August veröffentlichten Revisionsergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Länderebene fortgesetzt. Vgl. LUDWIG, U.: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands im Lichte des neuen Rechnungssystems der amtlichen Statistik – erste Interpretationen und Fragen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2000, S. 307 ff.

Abgrenzung Ostdeutschlands, das heißt auf die Gesamtheit der ostdeutschen Flächenländer Bran-

Wesentliche Änderungen der Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts mit dem Übergang auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995^a:

Grenze zur Erfassung der Produktion weiter gezogen

Der Produktionsbegriff wird umfassender definiert als in der alten VGR. Nunmehr werden auch z. B. Lizenzen, selbstgestellte Software und Urheberrechte als Produktion ausgewiesen.

Neues Preiskonzept: Herstellungspreise

Die Produktionswerte und die Bruttowertschöpfung werden zu Herstellungspreisen und nicht mehr zu Marktpreisen berechnet. Damit werden diese Größen nicht nur wie bisher ohne Mehrwertsteuer, sondern auch ohne die sonstigen Gütersteuern (z. B. Mineralölsteuer), aber zusätzlich der empfangenen Gütersubventionen (z. B. Subventionen auf öffentliche Personenbeförderung) nachgewiesen. Das Bruttoinlandsprodukt wird nach wie vor zu Marktpreisen erfasst.

Neugliederung der Wirtschaftszweige und Sektoren

Die Wirtschaftszweige und Sektoren werden jetzt nach der deutschen Version der revidierten europäischen Systematik der Wirtschaftszweige klassifiziert (WZ 93). Neu ist insbesondere die Gliederung des Dienstleistungssektors. Hier fällt die Umsetzung der privaten Dienstleister aus dem bisherigen Bereich Dienstleistungsunternehmen in den Bereich Öffentliche und private Dienstleister ins Gewicht. Mit der Zusammenfassung von Markt- und Nichtmarktproduzenten in diesem Bereich entfällt auch die früher geschlossene Darstellung des Unternehmenssektors und des Sektors Staat.

Neue Preisbasis für reale Rechnungen

Die reale Entwicklung der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts wird in Preisen des Jahres 1995 dargestellt.

Neuberechnung der Erwerbstätigkeit

Die geringfügige Beschäftigung wird umfassender in die Erwerbstätigenzahl einbezogen.

^a Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlass, Konzeptänderungen und neue Begriffe, in: Wirtschaft und Statistik 4/1999, S. 257 ff.

denburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Als Referenzmaßstab werden in der Regel Angaben zu den alten Bundesländern (ohne Berlin) herangezogen. Zugleich werden in Einzelfällen Indikatoren aus den Fachstatistiken genutzt, um die Revisionsergebnisse kritisch zu würdigen. Erfahrungsgemäß unterliegen Erstberechnungen häufig Korrekturen, und dies auf Länderebene umso mehr, als sie mit den Eckwerten für Deutschland abgeglichen werden müssen.¹⁰

Verarbeitendes Gewerbe

ESVG'95: Hoher Wachstumspfad der Wertschöpfung in den neunziger Jahren

Nach den Revisionsergebnissen wird die Höhe der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe deutlich niedriger als bisher, der zeitliche Verlauf in der ersten Hälfte der neunziger Jahre jedoch steiler, in der zweiten Hälfte dagegen flacher ausgewiesen (vgl. Abbildung 1). Ein Grund für das jetzt geringere Niveau der Wertschöpfung ist die Eliminierung der Gütersteuern im Herstellungspreis für Mineralölprodukte, für Branntwein und Tabak.¹¹ Aber auch die im Rahmen der neuen klassifikatorischen Abgrenzung vollzogene Ausgliederung der Reparaturleistungen und der Gewinnung von Steinen und Erden aus dem Verarbeitenden Gewerbe hat dazu beigetragen. Der damit verbundene Wegfall an Wertschöpfung ist wohl nicht durch die Eingliederung der Zweige Verlagsgewerbe (früher: Dienstleistungsgewerbe), Recycling (früher: Handel) und Fertigteilbau (früher: Baugewerke) in das Verarbeitende Gewerbe aufgewogen worden. So wird die Höhe der nominalen Wertschöpfung jetzt um durchschnittlich 20 Prozent niedriger beziffert als im alten Berechnungssystem.

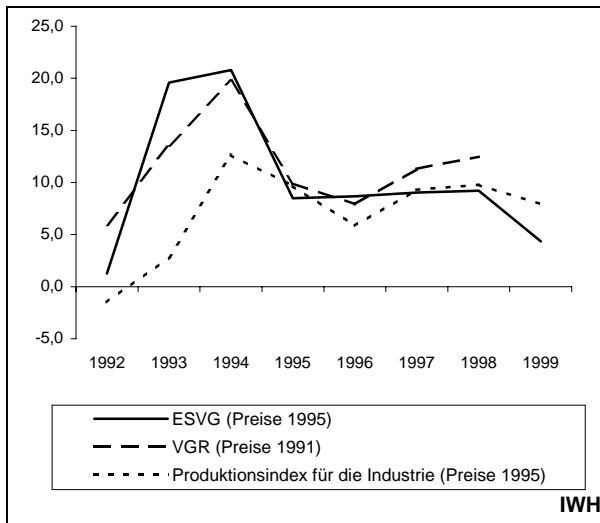
Die Abweichungen in den Messergebnissen sind nicht in allen Jahren gleich, sodass jetzt bei-

¹⁰ In der Regel zieht jede Änderung der vom Statistischen Bundesamt verantworteten Berechnungsergebnisse für Deutschland insgesamt Anpassungsarbeiten auf Länderebene nach sich. Die Erstberechnung der Länderdaten ist deshalb nicht das letzte Wort der amtlichen Statistik. Dafür spricht heute bereits nicht allein die Tatsache, dass die Ergebnisse für 1998 und 1999 noch keiner Originärberechnung, sondern einem Fortschreibungsverfahren entstammen. Darüber hinaus hat das Bundesamt inzwischen auch die Eckdaten rückwirkend korrigiert.

¹¹ Für Deutschland insgesamt vgl. hierzu ESSIG, H.; HARTMANN, N., u. a.: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1999, in: Wirtschaft und Statistik 6/1999, S. 453.

Abbildung 1:
Reale Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands (ohne Berlin): VGR und ESVG im Vergleich

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

spielsweise für 1992 nur ein geringes Wachstum der Wertschöpfung ausgewiesen wird. Hier dürften aber auch Datenkorrekturen eine Rolle gespielt haben. Darauf deutet die größere Nähe der Revisionsergebnisse zum Produktionsindex¹² für das Verarbeitende Gewerbe gegenüber den früheren Berechnungen hin. Der spätere Beginn der Wachstumsphase im Verarbeitenden Gewerbe schlägt sich zugleich in Zuwachsraten um rund 20 % für 1993 und 1994 nieder. Danach flacht der Anstieg ab, der Wachstumspfad der Wertschöpfung bleibt aber bis 1998 mit Zuwachsraten zwischen 8 und 9 % hoch.¹³

In den veränderten Wachstumsraten spiegelt sich auch der Übergang auf die Preise des Jahres 1995 für reale Rechnungen wider. Die damit verbundenen Revisionen der Preisreihen haben in der

¹² Der Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe wird nach einem Wägungsschema berechnet, das auf der Bruttowertschöpfung beruht, die bei der Produktion der einbezogenen Gütergruppen entsteht. Die Berechnung erfolgt allerdings zu Faktorkosten. Da diese Bewertungsgröße den Herstellungspreisen sehr ähnlich ist, die jetzt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet werden, ist ein Entwicklungsvergleich konzeptionell vertretbar.

¹³ Im Jahr 1999 halbierte sich laut ESVG'95 das Wachstum der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe deutlich. Der Abstand der Berechnungen zum Produktionsindex signalisiert jedoch, dass die Revisionsergebnisse beim jetzigen Rechenstand die Wachstumsschwäche möglicherweise überschätzen.

zweiten Hälfte der neunziger Jahre deutlich Einfluss auf das Verlaufsbild des Wachstums genommen. So hat die Preisrevision für 1995 erhöhend, für 1997 dagegen reduzierend auf die Wachstumsraten der realen Wertschöpfung gewirkt.

Lohnstückkosten signalisieren deutliche Verbesserungen auf der Angebotsseite

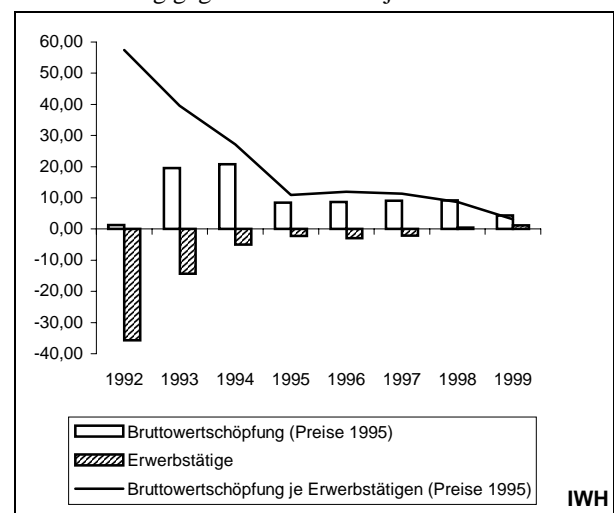
Das Verarbeitende Gewerbe startete in die Marktwirtschaft mit einem ausgeprägten Ungleichgewicht zwischen Produktion, Beschäftigung und Arbeitsentgelten. Im Interesse der Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit wurden in der ersten Hälfte der neunziger Jahre massiv unrentable Arbeitsplätze abgebaut. Diese Anpassungsreaktion wurde noch durch die hohen Tarifabschlüsse in jenem Zeitraum verstärkt. Die Produktivität erhöhte sich rechnerisch bis 1997 mit jährlich zweistelligen Zuwachsraten. Spätestens 1998 waren die Quellen zur Produktivitätssteigerung durch Entlassungen im Wesentlichen ausgeschöpft und das Produktionswachstum ging insgesamt mit einem – wenn auch geringen – Beschäftigungsaufbau einher. Bis Ende der neunziger Jahre wurde die Produktivitätslücke im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber Westdeutschland deutlich verringert. Der Angleichungsstand betrug zuletzt rund 63 Prozent.

Im gesamten Zeitraum gingen so die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands zurück. Erstmals fiel 1994 ihr Anteil an der Wertschöpfung unter die Hundert-Prozent-

Abbildung 2:

Reale Bruttowertschöpfung, Erwerbstätigkeit und Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands (ohne Berlin)

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Tabelle 1:

Produktivität, Arbeitsentgelte und Lohnstückkosten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe von 1991 bis 1999 – Ost-West im Vergleich

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Ostdeutschland (ohne Berlin)									
Produktivität ^a in DM	15 327	24 136	33 678	42 812	47 481	53 157	59 201	64 339	66 332
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b in DM	21 963	31 809	35 846	42 474	47 286	49 989	51 197	52 081	53 424
Lohnstückkosten ^c	1,433	1,318	1,064	0,992	0,996	0,940	0,865	0,809	0,805
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>									
Produktivität ^a		57,5	39,5	27,1	10,9	12,0	11,4	8,7	3,1
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b		44,8	12,7	18,5	11,3	5,7	2,4	1,7	2,6
Lohnstückkosten ^c		-8,0	-19,2	-6,8	0,4	-5,6	-8,0	-6,4	-0,5
Westdeutschland (ohne Berlin)									
Produktivität ^a in DM	89 330	88 704	86 309	92 922	94 810	95 060	99 453	103 899	105 336
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b in DM	59 954	64 569	66 228	69 505	72 857	75 047	76 726	78 287	79 454
Lohnstückkosten ^c	0,671	0,728	0,767	0,748	0,768	0,789	0,771	0,753	0,754
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>									
Produktivität ^a		-0,7	-2,7	7,7	2,0	0,3	4,6	4,5	1,4
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b		7,7	2,6	4,9	4,8	3,0	2,2	2,0	1,5
Lohnstückkosten ^c		8,5	5,4	-2,5	2,7	2,7	-2,3	-2,3	0,1
Ost-West-Vergleich									
<i>Westdeutschland = 100</i>									
Produktivität ^a	17,2	27,2	39,0	46,1	50,1	55,9	59,5	61,9	63,0
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b	36,6	49,3	54,1	61,1	64,9	66,6	66,7	66,5	67,2
Lohnstückkosten ^c	213,5	181,0	138,7	132,6	129,6	119,1	112,1	107,4	106,8
<i>Nachr.: Nominale Lohnstückkosten</i>	205,6	176,5	137,7	131,3	129,6	121,8	113,2	108,6	108,0

^a Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – ^b Arbeitnehmerentgelt (Inland) je Arbeitnehmer in jeweiligen Preisen. – ^c Arbeitnehmerentgelt (Inland) je Arbeitnehmer in Relation zur Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1995) je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Rechenstand: August 2000); Berechnungen des IWH.

Marke. Am Ende der neunziger Jahre deuten die Stückkosten im Durchschnitt aller Betriebe auf eine Gewinnmarge hin. Hinter diesem Durchschnitt verbirgt sich aber noch immer ein heterogener Mix von hochmodernen, wettbewerbsfähigen Unternehmen einerseits und unrentablen Betrieben andererseits. Die – verglichen mit dem Verarbeitenden Gewerbe in Westdeutschland – im Durchschnitt relativ höheren Lohnkosten sind mitverantwortlich dafür, dass der kräftige Produktionsanstieg bisher nur zu einem schwachen Beschäftigungsaufbau geführt hat. Im Jahr 1999 lagen die Lohnstückkosten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe noch um knapp 7 Prozent über dem Vergleichswert in Westdeutschland.

Baugewerbe

ESVG'95: Wachstumsverlauf der Wertschöpfung von VGR-Revision kaum beeinflusst

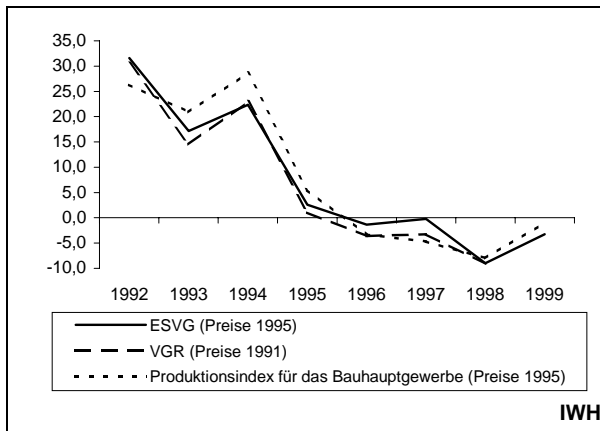
Höhe und Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Baugewerbe haben sich gegenüber der VGR relativ wenig verändert.¹⁴ Die Entwicklungs-

¹⁴ Im Zusammenhang mit der Neugliederung der Wirtschaftsbereiche nach der WZ 93 sind verschiedene Ein- und Ausgliederungen in bzw. aus dem Baugewerbe erfolgt, die vom Umfang her zu einer leichten, zwischen drei- und sechsprozentigen Erhöhung der Bruttowertschöpfung geführt haben. Von Bedeutung sind einerseits die *Ausgliederungen* des Fertigteilbaus in das Verarbeitende Gewerbe, der Autoglaserei in den Handel und der Schiffsanstreicher in den Schiffsbau sowie andererseits die *Eingliederung* der

Abbildung 3:

Reale Bruttowertschöpfung im Baugewerbe Ostdeutschlands (ohne Berlin): VGR und ESVG im Vergleich

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

verläufe – dargestellt an den Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr – sind nahezu deckungsgleich (vgl. Abbildung 3). Auch der vergleichsweise synchrone Verlauf des Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe mit den Revisionsergebnissen deutet darauf hin, dass die bisherigen Erkenntnisse nur wenig korrigiert werden müssen.¹⁵ Die Abweichung in der Veränderungsrate für 1996 in Höhe von 2,3 Prozentpunkten gegenüber dem alten Rechnungssystem ist vor allem auf eine Revision der Preisreihen zurückzuführen. Stieg der Preisindex laut alter VGR noch bis 1996 an, so geht er nach den revidierten Ergebnissen wie bei den Bauinvestitionen nun bereits 1996 zurück. Das zieht in realer Rechnung für 1996 eine höhere Wertschöpfung und damit einen geringeren Rückgang gegenüber 1995 nach sich. Mit 3 Prozentpunkten ist der größte Unterschied in den Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung zwischen alter und neuer Rechnung allerdings 1997 zu beobachten. Er beruht zu einem Drittel auf Preisrevisionen;

Montage von nachrichtentechnischen Geräten, Beleuchtungs- und Signalanlagen sowie Freileitungen als auch der textilen Raumausrüstung in das Ausbaugewerbe.

¹⁵ Die Wendepunkte im Wachstum der Bruttowertschöpfung des Baugewerbes spiegeln sich in der Regel auch im Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe wider. Lediglich für 1997 ergibt sich ein andersartiges Wendepunktverhalten. Das könnte zum einen Korrekturbedarf signalisieren. Zum anderen könnte sich dahinter aber auch ein realer Sachverhalt verbergen, und zwar das noch hohe Ausmaß an Ausbau- bzw. Modernisierungs- und Sanierungsleistungen im Jahre 1997, die vor allem dem Ausbaugewerbe zugute kamen und im Produktionsindex nicht erfasst sind.

zwei Drittel sind auf Datenkorrekturen zurückzuführen, die aber wegen der inzwischen Neuberechneten Investitionsangaben durch das Statistische Bundesamt wohl nochmals einer Anpassung unterliegen werden.

Wettbewerbsvorteil bei Lohnkosten schwindet

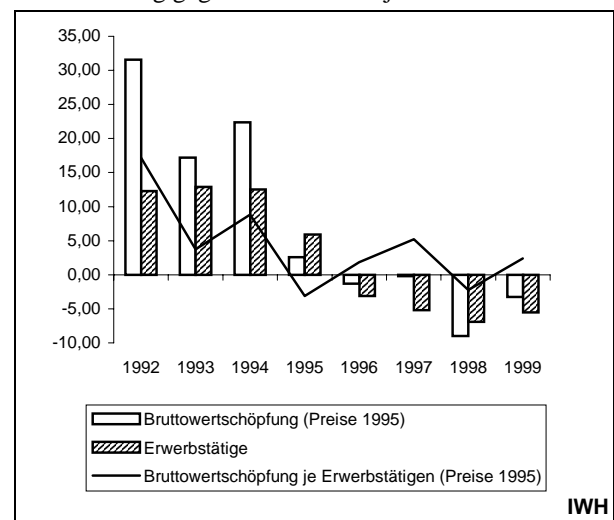
Im Unterschied zu den anderen Wirtschaftsbereichen hat das Baugewerbe in Ostdeutschland hinsichtlich seiner Wettbewerbsfähigkeit eine Sonderentwicklung durchlaufen. In dem Zeitraum bis 1997 hat es seine Position bei Produktivität und Arbeitsentgelten nicht nur systematisch verbessert, sondern seit 1994 werden sogar die Lohnstückkosten des westdeutschen Baugewerbes unterschritten. Damit gehört das Baugewerbe zu den wenigen Wirtschaftszweigen in Ostdeutschland, die von der Seite der Lohnkosten über einen Wettbewerbsvorteil verfügen.

In den Jahren mit überaus kräftigem Wachstum von 1991 bis 1994 holte das ostdeutsche Baugewerbe aufgrund einer deutlichen Leistungssteigerung je Beschäftigten auf. Erste Anzeichen von Nachfrageschwäche zogen im Jahr 1995 zwar einen Rückgang der Pro-Kopf-Leistung nach sich, da dieser aber geringer ausfiel als in den alten Ländern, konnte der Aufholprozess fortgesetzt werden. In den Jahren 1996 und 1997, in denen die Rückführung der Produktionskapazitäten im Baugewerbe auf ein langfristig tragbares Niveau im Gefolge der Nachfrageeinbußen begann, geschah die

Abbildung 4:

Reale Bruttowertschöpfung, Erwerbstätigkeit und Produktivität im Baugewerbe Ostdeutschlands (ohne Berlin)

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 2:

Produktivität, Arbeitsentgelte und Lohnstückkosten im ostdeutschen Baugewerbe von 1991 bis 1999 – Ost-West im Vergleich

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Ostdeutschland (ohne Berlin)									
Produktivität ^a in DM	46.400	54.354	56.392	61.356	59.434	60.534	63.690	62.284	63.775
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b in DM	28.222	37.470	41.049	43.636	43.597	43.446	43.916	43.984	45.305
Lohnstückkosten ^c	0,608	0,689	0,728	0,711	0,734	0,718	0,690	0,706	0,710
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>									
Produktivität ^a		17,1	3,8	8,8	-3,1	1,9	5,2	-2,2	2,4
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b		32,8	9,6	6,3	-0,1	-0,3	1,1	0,2	3,0
Lohnstückkosten ^c		13,3	5,6	-2,3	3,1	-2,2	-3,9	2,4	0,6
Westdeutschland (ohne Berlin)									
Produktivität ^a in DM	82.835	83.369	79.279	78.743	75.190	74.723	75.959	74.797	76.041
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b in DM	51.527	54.330	55.776	57.924	58.680	59.239	59.289	59.630	60.569
Lohnstückkosten ^c	0,622	0,652	0,704	0,736	0,780	0,793	0,781	0,797	0,797
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>									
Produktivität ^a		0,6	-4,9	-0,7	-4,5	-0,6	1,7	-1,5	1,7
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b		5,4	2,7	3,9	1,3	1,0	0,1	0,6	1,6
Lohnstückkosten ^c		4,8	8,0	4,6	6,1	1,6	-1,5	2,1	-0,1
Ost-West-Vergleich									
<i>Westdeutschland = 100</i>									
Produktivität ^a	56,0	65,2	71,1	77,9	79,0	81,0	83,8	83,3	83,9
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b	54,8	69,0	73,6	75,3	74,3	73,3	74,1	73,8	74,8
Lohnstückkosten ^c	97,8	105,8	103,5	96,7	94,0	90,5	88,3	88,6	89,2
<i>Nachr.: Nominale Lohnstückkosten</i>	113,2	111,6	106,2	96,2	94,0	90,9	89,8	93,1	96,5

^a Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – ^b Arbeitnehmerentgelt (Inland) je Arbeitnehmer in jeweiligen Preisen. – ^c Arbeitnehmerentgelt (Inland) je Arbeitnehmer in Relation zur Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1995) je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Rechenstand: August 2000); Berechnungen des IWH.

Anpassung vergleichsweise rasch und kräftig über den Abbau von Personal, was sich rechnerisch erneut in Produktivitätszuwächsen niederschlug.

Beginnend mit dem Jahr 1998, dem Jahr des bisher stärksten Nachfrageeinbruchs im Baubereich, gehen allerdings bei sinkender Pro-Kopf-Leistung und steigenden Lohnstückkosten Wettbewerbsvorteile verloren. Im Jahr 1999 lagen die Lohnstückkosten in nominaler Rechnung aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung der Baupreise in Ost und West sogar nur noch um 4 % unter westdeutschem Niveau. Auslöser für diesen weniger günstigen Umstand ist vor allem der aus der stark rückläufigen Baunachfrage folgende Preisdruck in Ostdeutschland.

Handel, Gastgewerbe und Verkehr

ESVG'95: Trotz Revision und Neugliederung nur wenig Änderungen im Wachstumsverlauf

Die Wertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr wird laut dem ESGV'95 für die neunziger Jahre um ein Viertel höher ausgewiesen als im bisherigen Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr. Maßgeblich dafür dürfte die Eingliederung der früher im Verarbeitenden Gewerbe erfassten Reparaturbetriebe, des Gastgewerbes sowie der privaten Telekommunikations- und Postdienste sein, die nach der alten VGR dem Dienstleistungsgewerbe zugeordnet waren.

Erstunlicherweise ist der Wachstumsverlauf von diesem Niveausprung nur geringfügig modifi-

Tabelle 3:

Produktivität, Arbeitsentgelte und Lohnstückkosten im ostdeutschen Handel, Gastgewerbe und Verkehr von 1991 bis 1999 – Ost-West im Vergleich

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Ostdeutschland (ohne Berlin)									
Produktivität ^a in DM	28.446	36.170	41.116	44.694	45.361	46.016	47.220	48.082	49.274
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b in DM	23.186	30.874	36.024	37.711	38.277	39.362	39.762	40.021	42.158
Lohnstückkosten ^c	0,815	0,854	0,876	0,844	0,844	0,855	0,842	0,832	0,856
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>									
Produktivität ^a		27,2	13,7	8,7	1,5	1,4	2,6	1,8	2,5
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b		33,2	16,7	4,7	1,5	2,8	1,0	0,7	5,3
Lohnstückkosten ^c		4,7	2,6	-3,7	0,0	1,4	-1,6	-1,2	2,8
Westdeutschland (ohne Berlin)									
Produktivität ^a in DM	68.328	69.109	67.488	68.452	70.420	71.199	73.500	75.959	77.797
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b in DM	46.647	49.790	51.460	52.530	54.687	55.538	55.983	56.391	56.990
Lohnstückkosten ^c	0,683	0,720	0,763	0,767	0,777	0,780	0,762	0,742	0,733
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>									
Produktivität ^a		1,1	-2,3	1,4	2,9	1,1	3,2	3,3	2,4
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b		6,7	3,4	2,1	4,1	1,6	0,8	0,7	1,1
Lohnstückkosten ^c		5,5	5,8	0,6	1,2	0,4	-2,4	-2,5	-1,3
Ost-West-Vergleich									
<i>Westdeutschland = 100</i>									
Produktivität ^a	41,6	52,3	60,9	65,3	64,4	64,6	64,2	63,3	63,3
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b	49,7	62,0	70,0	71,8	70,0	70,9	71,0	71,0	74,0
Lohnstückkosten ^c	119,4	118,5	114,9	110,0	108,7	109,7	110,6	112,1	116,8
<i>Nachr.: Nominale Lohnstückkosten</i>	123,6	114,5	110,2	107,6	108,7	108,8	109,2	110,4	114,7

^a Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – ^b Arbeitnehmerentgelt (Inland) je Arbeitnehmer in jeweiligen Preisen. – ^c Arbeitnehmerentgelt (Inland) je Arbeitnehmer in Relation zur Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1995) je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Rechenstand: August 2000); Berechnungen des IWH.

ziert worden. Eine Ausnahme bildet das Jahr 1992, für das die Wertschöpfung überdurchschnittlich hoch angehoben wurde. Damit im Zusammenhang stieg damals das Wachstum der realen Bruttowertschöpfung mit einer um sechs Prozentpunkte höheren Rate als laut altem System (vgl. Abbildung 5), zumal nun auch die Preisentwicklung schwächer eingeschätzt wird. Damit expandierte die Wertschöpfung im Jahr 1992 am kräftigsten. Im darauffolgenden Jahr 1993 zog dies entgegen der früheren Rechnung eine Abschwächung des Zuwachses nach sich.¹⁶ Der Tiefpunkt der Wachstumsdynamik

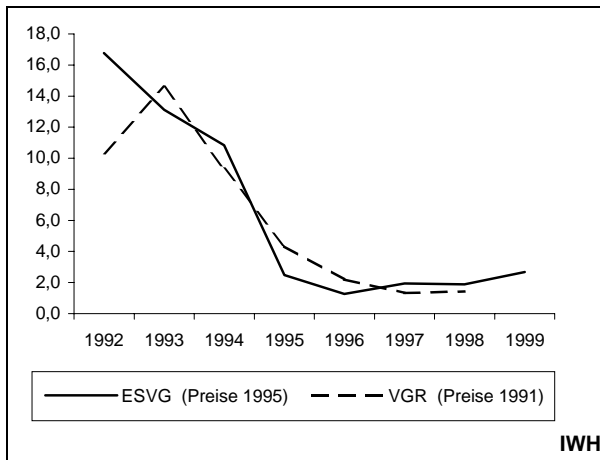
liegt laut Revisionsergebnissen bereits im Jahr 1996, und dies vor allem infolge einer Neueinschätzung der Preisentwicklung. Wurde in den früheren Berechnungen noch von einem Rückgang des Preisniveaus in jenem Jahr ausgegangen, so enthalten die neuen Angaben eine Stagnation.

Lohnstückkosten unter Druck

Der Anstieg der Wertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr ging zu Beginn der neunziger Jahre mit einem kräftigen Personalabbau einher. Dies schlug sich rechnerisch in hohen Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität nieder (vgl. Abbildung 6 und Tabelle 3). Da bis 1993 die Arbeitnehmerentgelte pro Beschäftigten jedoch

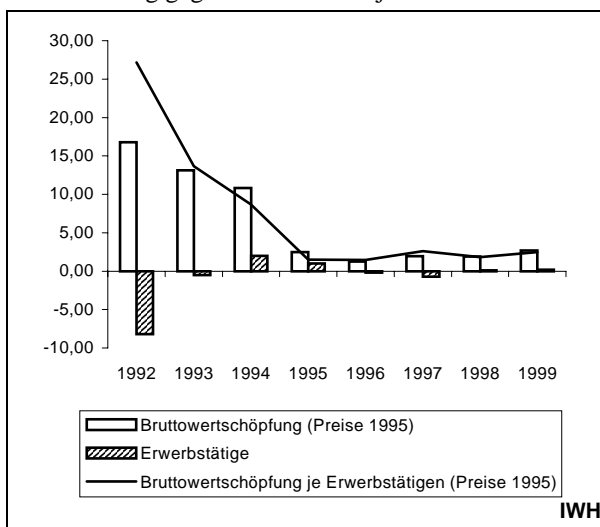
¹⁶ Die Wachstumsrate für 1993 reflektiert größtenteils einen Basiseffekt, der sich etwa je zur Hälfte aus Preisrevisionen bzw. Datenkorrekturen ergeben hat.

Abbildung 5:
Reale Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr in Ostdeutschland (ohne Berlin): VGR und ESG im Vergleich
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Abbildung 6:
Reale Bruttowertschöpfung, Erwerbstätigkeit und Produktivität im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr in Ostdeutschland (ohne Berlin)
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

schneller zunehmen als die Arbeitsproduktivität, stiegen die Lohnstückkosten. Danach verringerten sie sich infolge des – gegenüber den Pro-Kopf-Arbeitsentgelten – tendenziell stärkeren Produktivitätswachstums bis 1998. Gemessen am westdeutschen Vergleichswert nahmen sie jedoch bis 1995 in diesem Wirtschaftsbereich ab.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hat sich die Wettbewerbsfähigkeit von der Kostenseite

wieder deutlich verschlechtert. Die Lohnstückkosten lagen 1999 um 16 Prozentpunkte über dem westdeutschen Referenzwert. Die Lohnkostenbelastung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr hat damit wieder das hohe Niveau von Anfang der neunziger Jahre erreicht. Die Produktivitätslücke gegenüber westdeutschen Anbietern beträgt seit 1994 ein Drittel.

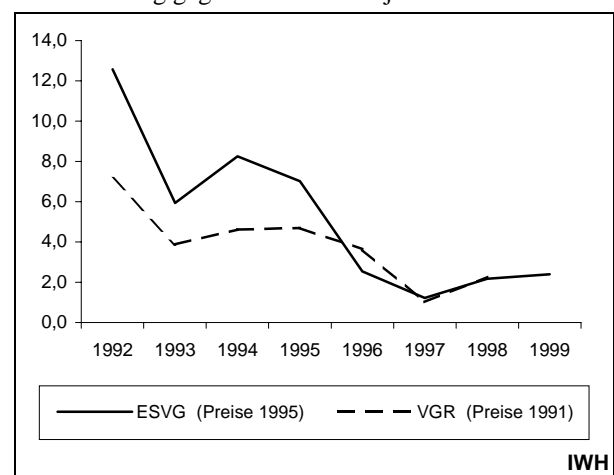
Dienstleister¹⁷

ESVG'95: Höhere Wertschöpfung infolge neuen Abschreibungskonzepts für öffentliche Tiefbauten

Die konzeptionelle Neugliederung des Dienstleistungsbereichs, speziell die Ausgliederung der privaten Leistungsanbieter aus dem ehemaligen Dienstleistungsgewerbe in den neuen Sektor „Öffentliche und private Dienstleister“, erschwert nicht nur den Datenvergleich mit dem alten Rechnungssystem, sondern auch die Analyse der Fortschritte des in Ostdeutschland bisher unterentwickelten Bereiches der kleinen, privaten Leistungsanbieter. Um zu erfahren, wie sich die konzeptionellen Änderungen auf Niveau und Entwicklung der Wertschöpfung ausgewirkt haben, kann deshalb nur der gesamte Dienstleistungsbereich unter Einbeziehung des öffentlichen Sektors betrachtet werden.

Abbildung 7:

Reale Bruttowertschöpfung im Bereich Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister sowie Öffentliche und private Dienstleister in Ostdeutschland (ohne Berlin): VGR und ESG im Vergleich
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

¹⁷ Hierzu zählen der Bereich Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister sowie Öffentliche und private Dienstleister.

Tabelle 4:

Produktivität, Arbeitsentgelte und Lohnstückkosten im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ von 1991 bis 1999 – Ost-West im Vergleich

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Ostdeutschland (ohne Berlin)									
Produktivität ^a in DM	117.809	116.933	126.947	132.955	139.922	144.622	151.046	152.450	156.861
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b in DM	34.662	39.045	43.219	45.621	49.072	51.128	52.599	54.052	55.082
Lohnstückkosten ^c	0,294	0,334	0,340	0,343	0,351	0,354	0,348	0,355	0,351
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>									
Produktivität ^a		-0,7	8,6	4,7	5,2	3,4	4,4	0,9	2,9
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b		12,6	10,7	5,6	7,6	4,2	2,9	2,8	1,9
Lohnstückkosten ^c		13,5	2,0	0,8	2,2	0,8	-1,5	1,8	-1,0
Westdeutschland (ohne Berlin)									
Produktivität ^a in DM	239.790	236.013	234.852	229.565	234.205	238.590	240.978	241.796	243.769
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b in DM	58.872	63.017	65.729	67.049	69.288	70.437	71.375	71.884	73.313
Lohnstückkosten ^c	0,246	0,267	0,280	0,292	0,296	0,295	0,296	0,297	0,301
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>									
Produktivität ^a		-1,6	-0,5	-2,3	2,0	1,9	1,0	0,3	0,8
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b		7,0	4,3	2,0	3,3	1,7	1,3	0,7	2,0
Lohnstückkosten ^c		8,8	4,8	4,4	1,3	-0,2	0,3	0,4	1,2
Ost-West-Vergleich									
<i>Westdeutschland = 100</i>									
Produktivität ^a	49,1	49,5	54,1	57,9	59,7	60,6	62,7	63,0	64,3
Arbeitnehmerentgelt pro Kopf ^b	58,9	62,0	65,8	68,0	70,8	72,6	73,7	75,2	75,1
Lohnstückkosten ^c	119,8	125,1	121,6	117,5	118,5	119,8	117,6	119,3	116,8
<i>Nachr.: Nominale Lohnstückkosten</i>	200,9	160,6	125,5	118,3	118,5	118,0	115,6	116,3	113,2

^a Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – ^b Arbeitnehmerentgelt (Inland) je Arbeitnehmer in jeweiligen Preisen. – ^c Arbeitnehmerentgelt (Inland) je Arbeitnehmer in Relation zur Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1995) je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Rechenstand: August 2000); Berechnungen des IWH.

Trotz der Ausgliederung von Wirtschaftszweigen aus dem Dienstleistungsbereich und der Eliminierung der sonstigen Gütersteuern im Herstellungspreis wird die Wertschöpfung im ESVG'95 etwas höher als in der früheren VGR ausgewiesen. Der Grund liegt hier wohl vor allem im neuen Berechnungskonzept für die Abschreibungen auf öffentliche Tiefbauten der sonstigen Nichtmarktproduzenten.¹⁸

¹⁸ Die Bruttowertschöpfung von Nichtmarktproduzenten wird nach der Kostenkonvention berechnet, das heißt als Summe von Abschreibungen und Arbeitsentgelten. Zum Einfluss der Konzeptänderungen für Abschreibungen auf die Wertschöpfung von Nichtmarktproduzenten für die gesamtdeutschen Berechnungen vgl. ESSIG, H.; HARTMANN, N.,

Die Entwicklung der realen Wertschöpfung verläuft nach beiden Berechnungssystemen über den gesamten Zeitraum gleichgerichtet. Wendepunkte werden für 1993, 1994 und 1997 angezeigt. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre stimmen die Zuwachsraten weitgehend überein. Die etwas größeren Abweichungen in den Jahren davor gehen wohl auf die Korrektur für 1992 zurück, die sich zu zwei Dritteln aus Preisrevisionen ergibt, wobei der Preisanstieg nunmehr deutlich schwächer ausfällt als ursprünglich berechnet wurde.

u. a.: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1999, in: Wirtschaft und Statistik 6/1999, S. 454.

Diese Korrektur wirkt bis 1994 fort.¹⁹ Die ausgewiesene Abweichung für 1995 dürfte dagegen auf Datenrevisionen zurückzuführen sein.

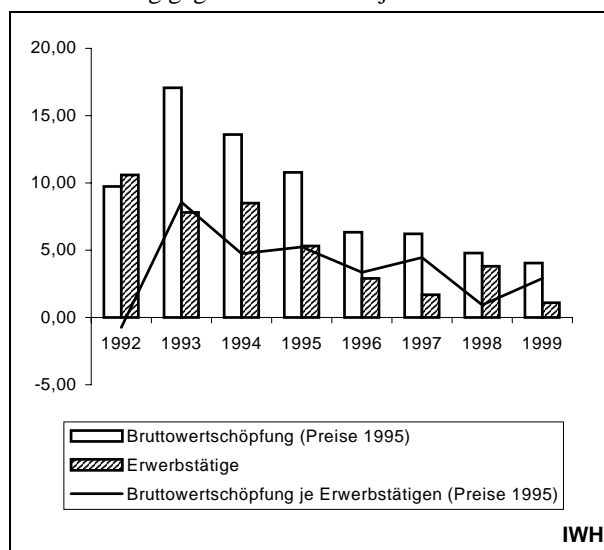
Lohnstückkosten bei unternehmerischen Dienstleistungen unverändert hoch

Bei kräftigen Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung im unternehmerischen Bereich der Dienstleister²⁰ zwischen 10 % und 17 % in der ersten Hälfte und rund 5 % in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nahm auch die Beschäftigung zu. Dennoch konnte die Produktivitätslücke gegenüber den alten Ländern im Dienstleistungsbereich kontinuierlich verringert werden.

Die Produktivität liegt derzeit bei etwa zwei Dritteln des Standes in Westdeutschland (vgl. Tabelle 4). Die Pro-Kopf-Einkommen stiegen seit

Abbildung 8:
Reale Bruttowertschöpfung, Erwerbstätigkeit und Produktivität im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister in Ostdeutschland (ohne Berlin)

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

¹⁹ Das dürfte sehr stark mit der Entwicklung der Wohnungsvermietung und dem Abbau der verzerrenden Wirkung relativer Preise zusammenhängen. Vgl. LUDWIG, U.: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands im Lichte des neuen Rechnungssystems der amtlichen Statistik – erste Interpretationen und Fragen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2000, S. 308 f.

²⁰ Bei der nachfolgenden Diskussion der Wettbewerbsfähigkeit der Dienstleister werden nur die unternehmerischen Dienstleister berücksichtigt. Hierzu zählen die Sektoren Finanzierung und Vermietung sowie die Unternehmensdienstleister.

1991 rasch und erreichten 1999 schon drei Viertel des westdeutschen Vergleichswertes, so dass die Lohnkostenbelastung der Wertschöpfung – seit 1994 nahezu unverändert – um rund ein Sechstel höher ist als im westdeutschen Zweigdurchschnitt.

Festzuhalten bleibt, dass – neben dem Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr – gerade die unternehmerischen Dienstleister dafür verantwortlich zeichnen, dass die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten Ostdeutschlands den westdeutschen Vergleichswert um 12 Prozent übertreffen.

Gesamtwirtschaftliche Produktion

ESVG'95: Veränderte Zurechnung der Gütersteuern und -subventionen überzeichnet Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland

Aus der Anwendung des neuen Preiskonzepts ergeben sich Änderungen für die sektoralen Wertschöpfungsgrößen und für die regionale Wertschöpfung insgesamt. Es ändert sich aber auch die Höhe des Bruttoinlandsprodukts, obwohl es wie vordem zu Marktpreisen gemessen wird. Verantwortlich dafür ist die neue regionale Zurechnungsregel für den Saldo zwischen Gütersteuern und -subventionen. Dieser Saldo wird nicht mehr der Wirtschaftsleistung am Ort der Entstehung der genannten Steuern bzw. Subventionen zugerechnet, sondern proportional zur Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen auf die einzelnen Länder aufgeschlüsselt. Damit „empfangen“ die Länder mit relativ wenigen Produktionsstandorten von Gütern, auf denen eine Steuer liegt bzw. für die eine Subvention gezahlt wird, einen – verglichen mit der alten VGR – höheren Zuschlag zur Wertschöpfung, während umgekehrt für Länder mit relativ vielen Produktionsstandorten der Aufschlag geringer ist. Die Herstellung von Mineralölprodukten, Branntwein, Tabakerzeugnissen u. a. einschlägigen Gütern ist vorwiegend in Westdeutschland konzentriert, sodass Ostdeutschland bei der Aufschlüsselung des Saldos von Steuern und Subventionen einen gegenüber der Standortverteilung überproportional hohen Anteil zugewiesen bekommt.

Die Neukonzipierung der regionalen Zurechnungsregel von Steuern und Subventionen ist mitverantwortlich für die überdurchschnittlich hohe Anhebung des Bruttoinlandsprodukts für Ostdeutschland im ESVG'95 gegenüber Westdeutschland.²¹

²¹ Der mit rund 10 % überproportional höhere Nachweis des Bruttoinlandsprodukts für Ostdeutschland (ohne Berlin) im ESVG'95 gegenüber der früheren VGR ist damit nicht al-

Tabelle 5:

Anteile Ostdeutschlands (ohne Berlin) an der nominalen Bruttowertschöpfung und am Bruttoinlandsprodukt Deutschlands

- in % -

	1991	1993	1995	1997	1998
Bruttowertschöpfung (bereinigt)					
VGR	6,6	9,4	10,6	10,9	10,7
ESVG'95	6,9	9,9	11,2	11,4	11,2
Bruttoinlandsprodukt					
VGR	6,4	9,1	10,3	10,5	10,4
ESVG'95	6,9	9,9	11,2	11,4	11,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder (Rechenstand: August 2000); Berechnungen des IWH.

Da diese Änderung im Wesentlichen methodisch begründet ist und keine Beziehung zur regionalen Wirtschaftsleistung hat, drängt sich der Schluss auf, im Interesse einer hohen Realitätsnähe wirtschaftliche Leistungsvergleiche zwischen Ost- und Westdeutschland anhand der Wertschöpfungsgrößen und nicht des Bruttoinlandsprodukts vorzunehmen.

Wechsel der Auftriebskräfte mit starkem Zwischenspiel der unternehmerischen Dienstleister

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland ist nach dem Umbau der institutionellen Verhältnisse im Zuge der deutschen Vereinigung seit 1992 von Jahr zu Jahr gestiegen. Die Wachstumsdynamik war in den ersten Jahren mit zweistelligen Steigerungsraten außerordentlich hoch, sie ließ – wie die erstmaligen Berechnungen nach dem ESVG'95 zeigen – in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre deutlich nach. Erst 1999 erhöhte sich der Produktionsanstieg wieder leicht.

Das Produktionsvolumen war damit Ende der neunziger Jahre um reichlich die Hälfte größer als zu Beginn. Das entspricht einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 5,4 %. Bis 1995 lag das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Jahresdurchschnitt bei 9,5 Prozent und es kam vor allem aus dem Baugewerbe, aber auch aus dem Bereich der unternehmerischen Dienstleister sowie aus dem Verarbeitenden Gewerbe. In den Jahren danach sank die gesamtwirtschaftliche Expansionsrate im Jahresdurchschnitt auf nur noch 1,4 Prozent.

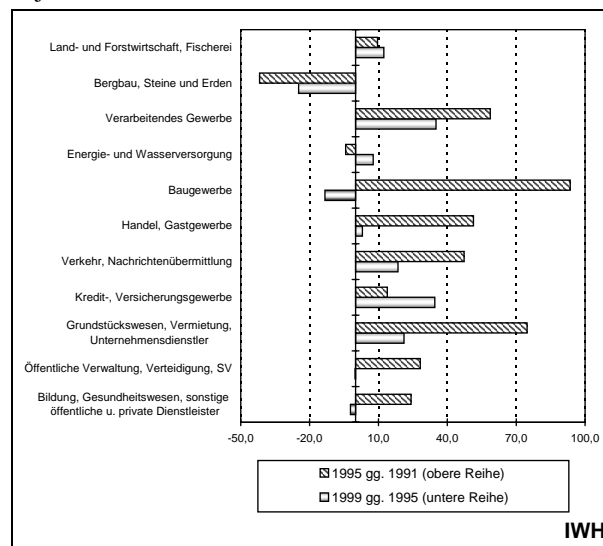
Auch im Lichte des ESVG gilt: Hinter dieser niedrigen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate

lein, wie anfänglich vermutet, im erweiterten Produktionsbegriff oder Datenkorrekturen begründet. Vgl. LUDWIG, U.: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands im Lichte des neuen Rechnungssystems der amtlichen Statistik – erste Interpretationen und Fragen, a. a. O.

Abbildung 9:

Wachstum und Schrumpfung in der ostdeutschen Wirtschaft (ohne Berlin) in den neunziger Jahren

- Veränderung der Bruttowertschöpfung gegenüber Basisjahr in % -



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen des IWH.

stecken stark gegenläufige Tendenzen. Maßgeblich für den Verlust an Wachstumsdynamik ist der Wegfall des Baugewerbes als Wachstumsmotor. Die Wertschöpfung ist dort seit 1996 rückläufig. Dagegen expandiert sie im Verarbeitenden Gewerbe auf einem hohen, im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister auf einem mittleren Wachstumspfad (vgl. Abbildung 9 und Tabelle 6).

Die Neuberechnung der Wertschöpfung hat sich einschneidend auf das strukturelle Erscheinungsbild der ostdeutschen Wirtschaft ausgewirkt. Die Einbeziehung zusätzlicher Elemente in die Messung der Produktionswerte und der Wertschöpfung einerseits sowie die Beseitigung der Verzerrungen im Nachweis von Produktion und Wertschöpfung auf Zweigebene in Form der Gütersteuern andererseits haben für das Verarbeitende Gewerbe zu einem deutlich geringeren Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Produktion geführt. Trotz hoher jährlicher Steigerungsraten der Wertschöpfung hat sich dieser Anteil von 1991 bis 1999 nur von 10 auf 14 Prozent, das heißt um vier Prozentpunkte, vergrößert. Dagegen hat der größte Bereich Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister seine Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung trotz niedrigerer jährlicher Wachstumsraten als im Verarbeitenden Gewerbe sogar ausgebaut (vgl. Anlage Tabelle 2).

Tabelle 6:

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) von 1991 bis 1999

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-8,8	16,9	-3,7	6,7	3,4	-0,2	6,6	2,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-5,8	14,6	12,3	6,4	10,6	3,6	6,4	3,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-24,3	9,5	-16,7	-15,6	0,1	-21,1	-4,8	0,0
Verarbeitendes Gewerbe	1,3	19,6	20,8	8,5	8,7	9,0	9,2	4,4
Energie- und Wasserversorgung	-12,8	3,4	-0,8	7,0	21,3	-8,9	-2,8	0,2
Baugewerbe	31,6	17,2	22,4	2,6	-1,3	-0,2	-9,0	-3,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	16,8	13,1	10,8	2,5	1,3	1,9	1,9	2,7
Handel; Rep. von Kfz und Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	25,7	8,6	9,2	1,5	2,7	-1,4	0,5	1,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-1,3	24,7	14,4	4,5	-1,6	9,3	4,6	5,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	9,7	17,1	13,6	10,8	6,3	6,2	4,8	4,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	-16,8	13,0	9,2	11,0	8,0	11,2	7,3	4,4
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	17,0	17,9	14,4	10,8	6,0	5,3	4,3	4,0
Öffentliche und private Dienstleister	14,1	0,1	5,0	4,5	-0,1	-2,5	0,0	1,0
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	21,1	1,1	2,5	2,2	1,4	0,9	-1,6	-0,9
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen; Sonst. öff. u. priv. Dienstleister; Häusliche Dienste	11,0	-0,3	6,2	5,6	-0,8	-4,0	0,8	1,9
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	11,8	10,3	11,2	5,4	2,9	1,5	1,2	1,8
Bruttoinlandsprodukt	11,7	10,1	11,3	5,0	2,5	1,0	0,7	1,5

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Rechenstand: August 2000); Berechnungen des IWH.

Neuer Wendepunkt im Wachstumsprozess maßgeblich vom Absturz im Baugewerbe bestimmt

Aus den strukturellen Änderungen resultieren auch Verschiebungen in den Wachstumsbeiträgen der einzelnen Wirtschaftsbereiche, in denen die Zuwachsraten mit den relativen Anteilen der Bereiche an der Gesamtheit gewichtet werden. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre hatte danach nicht ausschließlich das Baugewerbe, sondern auch der Bereich Finanzierung, Vermietung, Unterneh-

mensdienstleister die führende Rolle im Wachstumsprozess inne. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hat das Verarbeitende Gewerbe mit den unternehmerischen Dienstleistern nahezu gleichgezogen. Allerdings blieb der Wachstumsbeitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt für die neunziger Jahre insgesamt hinter dem der unternehmerischen Dienstleister zurück.

Die Verschiebungen in der Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche für das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Ostdeutschland in den neunziger Jahren sind auch für die zeitliche Verlagerung der Wachstumsschwäche je nach Rechen-system verantwortlich. Der Tiefpunkt des Wachstums liegt laut ESVG'95 nicht mehr im Jahr 1997 sondern im Jahr 1998, dem Jahr mit dem bisher stärksten Rückgang der Bautätigkeit.

Tabelle 7:

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche zur realen Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (ohne Berlin) 1997 und 1998: VGR und ESVG im Vergleich

- in Prozentpunkten -

	VGR		ESVG'95	
	1997	1998	1997	1998
Land- und Forstwirtschaft	0,10	0,09	0,00	0,15
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	2,23	2,71	0,59	1,07
Baugewerbe	-0,50	-1,33	-0,03	-1,41
Handel, Verkehr	0,20	0,22	0,31	0,30
Dienstleister	0,40	0,88	0,60	1,07
Insgesamt	2,44	2,58	1,46	1,18
<i>Nachr.: Wachstumsrate des BIP in %</i>	<i>1,9</i>	<i>2,0</i>	<i>1,0</i>	<i>0,7</i>

Quelle: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder (Rechenstand: August 2000); Berechnungen

Erwerbstätigkeit

ESVG '95: Höhere Erwerbstätigenangaben

Im Zuge der Umstellung auf das ESVG'95 wurde auch die Zahl der Erwerbstätigen revidiert (vgl. Abbildung 10).²² Im früheren Rechenwerk

²² Das Statistische Bundesamt hat Ende August dieses Jahres die Angaben zur Erwerbstätigkeit sowie zum geleisteten Arbeitsvolumen rückwirkend erheblich revidiert. So wird nunmehr die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland für das Jahr 1999 um 1,8 Millionen Personen höher ausgewiesen als beim letzten

Tabelle 8:

Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 1991 bis 1999:
VGR und ESVG im Vergleich
- in 1.000 Personen -

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
VGR									
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	449	279	231	224	222	210	211	212	
Produzierendes Gewerbe	2.808	2.142	2.039	2.078	2.106	2.029	1.949	1.918	
Handel und Verkehr	1.109	1.038	1.026	1.038	1.031	1.012	996	985	
Dienstleister ^a	2.327	2.395	2.403	2.486	2.542	2.538	2.455	2.474	
<i>Erwerbstätige insgesamt</i>	6.693	5.854	5.699	5.826	5.901	5.789	5.611	5.589	
ESVG									
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	498	305	249	239	236	223	219	222	218
Produzierendes Gewerbe	2.666	2.070	1.978	2.022	2.049	1.979	1.898	1.831	1.786
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1.397	1.283	1.276	1.301	1.314	1.312	1.303	1.304	1.306
Dienstleister ^a	2.237	2.250	2.239	2.310	2.378	2.395	2.371	2.405	2.421
<i>Erwerbstätige insgesamt</i>	6.798	5.908	5.742	5.872	5.977	5.909	5.791	5.762	5.731
Veränderung ESVG gegenüber VGR									
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	49	26	18	15	14	13	8	10	
Produzierendes Gewerbe	-142	-72	-61	-56	-57	-50	-51	-87	
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	288	245	250	263	283	300	307	319	
Dienstleister ^a	-90	-144	-164	-175	-165	-142	-84	-68	
<i>Erwerbstätige insgesamt</i>	105	54	43	46	76	120	180	173	

^a Bereich Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister, Öffentliche und private Dienstleister in Ostdeutschland (ohne Berlin) bzw. Dienstleistungsunternehmen, Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: August 2000).

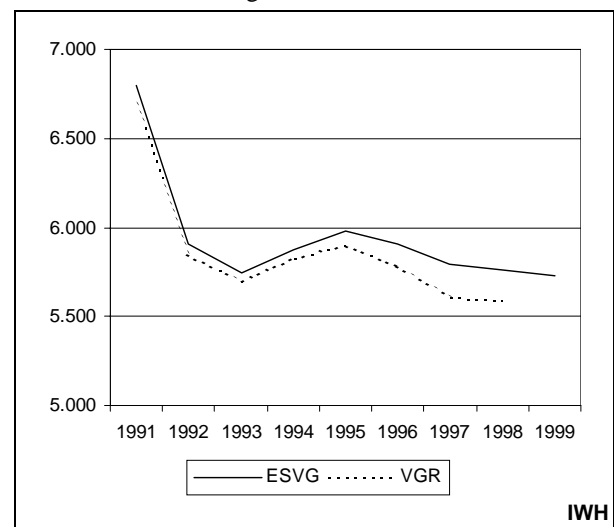
waren insbesondere das Niveau und die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung erheblich unterschätzt worden. Dies gilt insbesondere für den Zeitraum nach 1994, in dem die revidierten Erwerbstätigenzahlen deutlich über den Angaben der

Rechenstand, der die Grundlage der „länderscharfen“ Berechnung der Erwerbstätigenzahlen seitens des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ bildete. Die Neuberechnung der Erwerbstätigenzahlen war nach Aussage des Statistischen Bundesamtes notwendig, um die neuesten Erkenntnisse über die Zahl der geringfügig beschäftigten Personen in die Rechnung einzubeziehen. Seitens der amtlichen Statistik können gegenwärtig jedoch keine Angaben darüber getroffen werden, in welchem Maße sich damit das Beschäftigungsniveau in den Großregionen Westdeutschland und Ostdeutschland bzw. in den einzelnen Bundesländern erhöht. Zu vermuten ist, dass es in den neuen Bundesländern relativ weniger zusätzliche geringfügig Beschäftigte gibt als in den alten Bundesländern, da sich solche Beschäftigungsverhältnisse in Ostdeutschland erst seit der deutschen Einheit in größerem Umfang herausgebildet haben. Das in diesem Aufsatz für die ostdeutschen Flächenländer ausgewiesene Beschäftigungsniveau, das auf den kürzlich veröffentlichten Daten des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ beruht, ist um die Größe der bis dahin statistisch nicht erfassten geringfügig Beschäftigten zu niedrig angesetzt. Betroffen hiervon sind insbesondere die Sektoren Handel, Gastgewerbe und private Dienstleister, in denen der überwiegende Teil der geringfügig Beschäftigten tätig ist.

VGR liegen. Offenbar nahm in diesen Jahren die geringfügige Beschäftigung in Ostdeutschland kräftig zu. Die im ESVG'95 für die ostdeutschen Flächenländer ausgewiesene Beschäftigung liegt 1998

Abbildung 10:

Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (ohne Berlin):
VGR und ESVG im Vergleich
- Zahl der Erwerbstätigen in 1000 -



Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen des IWH.

Tabelle 9:

Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 1991 bis 1999

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-38,8	-18,3	-3,9	-1,1	-5,8	-1,7	1,3	-1,5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-34,5	-14,8	-6,0	-2,9	-3,8	-2,9	-0,1	0,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-34,7	-30,8	-25,4	-11,3	-20,5	-19,9		
Verarbeitendes Gewerbe	-35,7	-14,3	-5,0	-2,2	-2,9	-2,1	0,5	1,2
Energie- und Wasserversorgung	-15,4	-6,2	-3,8	-6,6	-5,3	-5,3		
Baugewerbe	12,3	12,9	12,5	5,9	-3,1	-5,2	-6,9	-5,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-8,2	-0,5	2,0	1,0	-0,2	-0,7	0,1	0,2
Handel; Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	-5,4	1,4	5,7	2,8	1,6	0,9		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-13,0	-4,1	-5,8	-3,3	-4,5	-4,7		
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	10,6	7,8	8,5	5,3	2,9	1,7	3,8	1,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	11,3	4,5	1,6	0,8	-0,6	1,1		
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	10,3	9,0	10,7	6,6	3,9	1,9		
Öffentliche und private Dienstleister	-1,6	-2,6	1,8	2,2	0,2	-1,9	0,8	0,5
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	2,0	-3,8	-1,3	-0,1	1,0	-3,9		
Erziehung u. Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; Sonst. öff. u. priv. Dienstleister; Häusliche Dienste	-3,1	-2,0	3,1	3,1	-0,1	-1,1		
Erwerbstätige insgesamt	-13,1	-2,8	2,3	1,8	-1,1	-2,0	-0,5	-0,5

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: August 2000); Berechnungen des IWH.

um 3 Prozent über dem im Rechenwerk der VGR ausgewiesenen Wert (vgl. Tabelle 8).

Die Anhebung der Beschäftigtenzahlen verteilt sich nicht gleichmäßig auf die Wirtschaftsbereiche. Sie konzentriert sich auf den Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der frühere Sektor Handel und Verkehr um das Gastgewerbe sowie um die Reparaturbetriebe von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern erweitert wurde. Hinzu kommt, dass gerade im Handel und im Gastgewerbe besonders viele geringfügig Beschäftigte tätig sind. Das gegenüber der VGR niedrigere Niveau der Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe und bei den Dienstleistern ist maßgeblich auf die Neugliederung der Wirtschaftszweige zurückzuführen.

Beschäftigungsabbau schwächt sich ab

Nach kurzer Erholung der Erwerbstätigkeit 1994 und 1995 hat sich ihr Rückgang wieder fortgesetzt. In den Jahren 1998 und 1999 wird er jedoch unterzeichnet, da die Zahl der in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen geförderten Personen stark gestiegen ist. Der Rückgang von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt war demnach wesentlich größer.

Im Verarbeitenden Gewerbe nahm 1998 erstmals die Beschäftigung zu, und auch in den gewerblichen Dienstleistungsbereichen wurde per saldo der Personalbestand aufgestockt. Insgesamt konnte der anhaltend kräftige Abbau von Arbeitsplätzen im Baugewerbe noch nicht kompensiert werden. Bemerkenswert ist, dass im Jahr 1999 im Verarbeitenden Gewerbe wieder mehr Personen beschäftigt waren als im Baugewerbe (vgl. Anhang Tabelle 1). Von 1994 bis 1998 lag der Anteil des Baugewerbes an der gesamten Beschäftigung in Ostdeutschland über dem des Verarbeitenden Gewerbes.

Hans-Ulrich Brautzsch (brt@iwh-halle.de)

Brigitte Loose (blo@iwh-halle.de)

Udo Ludwig (ldw@iwh-halle.de)

Anhang

Anhang Tabelle 1:

Erwerbstätige in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 1991 bis 1999

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	<i>in 1.000 Personen</i>								
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	498	305	249	239	236	223	219	222	218
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1.975	1.293	1.102	1.035	1.005	967	939	938	942
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	132	86	60	45	40	31	25		
Verarbeitendes Gewerbe	1.735	1.116	956	909	889	863	845	849	859
Energie- und Wasserversorgung	108	91	85	82	77	73	69		
Baugewerbe	691	776	877	986	1.044	1.012	959	893	844
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1.397	1.283	1.276	1.301	1.314	1.312	1.303	1.304	1.306
Handel; Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	893	844	856	905	931	946	954		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	504	439	421	396	383	366	349		
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	400	442	477	517	545	560	570	592	598
Kredit- und Versicherungsgewerbe	100	111	116	118	119	118	119		
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	300	331	361	399	426	442	450		
Öffentliche und private Dienstleister	1.837	1.809	1.762	1.793	1.832	1.836	1.801	1.814	1.823
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	553	564	542	536	535	540	520		
Erziehung u. Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen; S sonst. öff. u. priv. Dienstleister; Häusliche Dienste	1.284	1.245	1.220	1.258	1.297	1.295	1.281		
Erwerbstätige insgesamt	6.798	5.908	5.742	5.872	5.977	5.909	5.791	5.762	5.731
	<i>Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt in %</i>								
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	7,3	5,2	4,3	4,1	4,0	3,8	3,8	3,8	3,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	29,1	21,9	19,2	17,6	16,8	16,3	16,2	16,3	16,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1,9	1,5	1,0	0,7	0,7	0,5	0,4		
Verarbeitendes Gewerbe	25,6	18,9	16,7	15,5	14,9	14,6	14,6	14,7	15,0
Energie- und Wasserversorgung	1,6	1,5	1,5	1,4	1,3	1,2	1,2		
Baugewerbe	10,2	13,1	15,3	16,8	17,5	17,1	16,6	15,5	14,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	20,5	21,7	22,2	22,2	22,0	22,2	22,5	22,6	22,8
Handel; Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	13,1	14,3	14,9	15,4	15,6	16,0	16,5		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7,4	7,4	7,3	6,8	6,4	6,2	6,0		
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	5,9	7,5	8,3	8,8	9,1	9,5	9,8	10,3	10,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1,5	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0		
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	4,4	5,6	6,3	6,8	7,1	7,5	7,8		
Öffentliche und private Dienstleister	27,0	30,6	30,7	30,5	30,6	31,1	31,1	31,5	31,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	8,1	9,5	9,4	9,1	8,9	9,2	9,0		
Erziehung u. Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen; Sonst. öff. u. priv. Dienstleister; Häusliche Dienste	18,9	21,1	21,3	21,4	21,7	21,9	22,1		
Erwerbstätige insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: August 2000).

Anhang Tabelle 2:

Reale Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 1991 bis 1999

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	<i>Mio. DM - Preise 1995</i>								
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	7.883,9	7.191,0	8.405,9	8.094,5	8.636,8	8.933,4	8.919,9	9.508,1	9.704,4
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	43.776,1	41.238,7	47.275,9	53.081,1	56.467,9	62.449,3	64.697,5	68.843,0	71.251,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5.840,0	4.420,0	4.840,0	4.030,0	3.400,0	3.405,1	2.687,2	2.557,0	2.557,0
Verarbeitendes Gewerbe	26.594,7	26.931,6	32.209,6	38.906,4	42.214,4	45.874,0	50.015,3	54.626,3	57.006,6
Energie- und Wasserversorgung	11.341,3	9.887,2	10.226,2	10.144,7	10.853,6	13.170,2	11.994,9	11.659,6	11.687,7
Baugewerbe	32.067,8	42.197,6	49.445,2	60.498,6	62.058,6	61.234,3	61.104,2	55.611,3	53.814,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	39.727,5	46.392,3	52.477,0	58.158,2	59.600,4	60.358,0	61.528,6	62.693,6	64.375,7
Handel; Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	26.606,3	33.435,7	36.316,9	39.665,4	40.273,1	41.346,4	40.749,9	40.967,3	41.469,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	13.121,2	12.956,7	16.160,1	18.492,8	19.327,3	19.011,6	20.778,8	21.726,3	22.906,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	47.123,5	51.717,0	60.545,9	68.782,4	76.199,2	81.032,6	86.063,5	90.189,4	93.839,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	10.090,3	8.391,5	9.483,2	10.352,0	11.485,9	12.408,8	13.804,7	14.808,7	15.454,4
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	37.033,3	43.325,5	51.062,7	58.430,3	64.713,4	68.623,8	72.258,8	75.380,7	78.384,9
Öffentliche und private Dienstleister	87.118,8	99.397,0	99.538,3	104.514,8	109.260,8	109.123,3	106.405,5	106.451,3	107.509,0
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	26.546,2	32.140,7	32.494,6	33.299,0	34.043,0	34.525,8	34.820,6	34.266,3	33.965,3
Sonstige öffentliche und private Dienstleister ^a ; Häusliche Dienste	60.572,6	67.256,3	67.043,7	71.215,7	75.217,8	74.597,5	71.584,9	72.185,1	73.543,7
Bruttowertschöpfung insgesamt (zu Herstellerpreisen)	257.697,6	288.133,7	317.688,2	353.129,5	372.223,7	383.131,0	388.719,2	393.296,6	400.494,0
Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)	275.323,4	307.591,7	338.681,9	376.951,2	395.734,1	405.823,0	409.688,9	412.620,9	418.823,4
	<i>Anteile an der Bruttowertschöpfung in %</i>								
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	3,1	2,5	2,6	2,3	2,3	2,3	2,3	2,4	2,4
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	17,0	14,3	14,9	15,0	15,2	16,3	16,6	17,6	17,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2,3	1,5	1,5	1,1	0,9	0,9	0,7	0,7	0,6
Verarbeitendes Gewerbe	10,3	9,4	10,2	11,0	11,4	12,0	12,9	13,9	14,2
Energie- und Wasserversorgung	4,4	3,4	3,2	2,9	2,9	3,4	3,1	3,0	2,9
Baugewerbe	12,4	14,7	15,6	17,1	16,7	16,0	15,7	14,1	13,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	15,4	16,1	16,5	16,5	16,0	15,8	15,8	15,9	16,1
Handel; Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	10,3	11,6	11,4	11,2	10,8	10,8	10,5	10,4	10,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5,1	4,5	5,1	5,3	5,2	5,0	5,3	5,5	5,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	18,3	17,9	19,1	19,5	20,5	21,1	22,2	22,9	23,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3,9	2,9	3,0	2,9	3,1	3,2	3,6	3,8	3,9
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	14,4	15,0	16,1	16,6	17,4	17,9	18,6	19,2	19,6
Öffentliche und private Dienstleister	33,8	34,5	31,3	29,6	29,3	28,5	27,4	27,1	26,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	10,3	11,2	10,2	9,4	9,1	9,0	9,0	8,7	8,5
Sonstige öffentliche und private Dienstleister ^a ; Häusliche Dienste	23,5	23,3	21,1	20,2	20,2	19,5	18,4	18,4	18,4
Bruttowertschöpfung insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^a Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen; Sonstige öffentliche und private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ – revidierte Ergebnisse nach ESVG 1995 (Rechenstand: August 2000).

Zu den Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf das langfristige Exportwachstum der Euro-Länder

Die Euro-Länder führen einen unterschiedlich intensiven Handel mit Volkswirtschaften außerhalb des Euroraums. Während die Niederlande oder Portugal deutlich weniger als die Hälfte ihrer Warenausfuhren außerhalb des gemeinsamen Währungsgebietes absetzen, liegt der entsprechende Anteil Deutschlands oder Italiens bei über 50 %.

Eine ökonometrische Analyse macht hier allerdings deutlich, dass diese Unterschiede in der Regionalstruktur der Ausfuhren nicht zu einer merklich differenzierten Wirkung von Wechselkursänderungen auf das langfristige Exportwachstum führen. Die ermittelten Koeffizienten für den Zusammenhang zwischen der Höhe der Ausfuhren und der Höhe des Wechselkurses liegen für die betrachteten Volkswirtschaften relativ nah beieinander, was darauf hindeutet, dass Wechselkursänderungen hinsichtlich ihrer langfristigen Wirkung auf die Exporte keine gravierenden Struktureinflüsse nach sich ziehen. Befürchtungen, dass beispielsweise eine längeranhaltende Abwertung des Euro den langfristigen Wachstumspfad der Exporte der Euro-Länder deutlich unterschiedlich beeinflussen könnte, bestätigen sich damit nicht. Unterschiede zwischen den Volkswirtschaften zeigen sich lediglich mit Blick auf den Anpassungsprozess infolge einer Wechselkursänderung.

Regionale Exportquoten und Wechselkursabhängigkeit der Ausfuhren

Die realwirtschaftliche Konvergenz der Euro-Länder ist im Vergleich zur Konvergenz im monetären und im budgetären Bereich merklich geringer ausgeprägt. So zeigen empirische Untersuchungen²³, dass die Standardabweichung der Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts der fünf größten Volkswirtschaften des Euroraums in den neunziger Jahren nur geringfügig kleiner war als in den achtziger Jahren. Angesichts ausgeprägter Unterschiede sowohl in den institutionellen Rahmenbedingungen als auch hinsichtlich der Produktionsstrukturen kommen Dornbusch et al.²⁴

am Beispiel der Zinselastizität des Outputs zu dem Ergebnis, dass die gemeinsame Geldpolitik differenzierte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Aktivität in den Volkswirtschaften hat. Eble et al.²⁵ zeigen für Angebots- und Nachfrageschocks, dass sich die Determinanten des Konjunkturzyklus nur in einer kleinen Gruppe von Euro-Ländern ähneln.

Tabelle 1:
Exportquoten ausgewählter Euro-Länder für 1999
- in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts -

	Exportquote		
	insgesamt	davon	
		Euroraum	Nicht-Euroraum
Deutschland	25,4	11,1	14,3
Frankreich	22,5	11,1	11,4
Italien	19,8	9,2	10,6
Spanien	17,6	10,6	7,0
Niederlande	54,8	35,0	19,8
Österreich	31,1	17,7	13,4
Finnland	32,5	11,4	21,1
Portugal	21,2	14,2	7,0

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH.

Eine in diesem Zusammenhang ebenfalls diskutierte Frage betrifft die Wirkungen von Wechselkursänderungen auf die Ausfuhren, da mit dem Übergang zur Europäischen Währungsunion der überwiegende Teil des Handels nunmehr Binnenhandel im gemeinsamen Währungsraum und die Wechselkursabhängigkeit der Exporte damit insgesamt zurückgegangen ist.²⁶ Die Tabelle 1 vermittelt auf Basis der Exportquoten (Warenexporte in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts) einen Einblick in die unmittelbare Bedeutung der Warenausfuhren ausgewählter Euro-Länder²⁷ in

²³ Vgl. DÖPKE, J. et al.: Quo Vadis, Euroland?; in: IfW, Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 313, 1998. – SEIFERT, M.: Zum Konjunkturverbund in Westeuropa; in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/1997.

²⁴ Vgl. DORNBUSCH, R.; FAVERO, C. A.; GIAVAZZI, F.: The Immediate Challenges for the European Central Bank; in: NBER Working Paper 6369, 1998.

²⁵ Vgl. EBLE, S.; KOSKINEN, J.; STAPF, J.: Convergence of Business Cycles in Europe? A Shocking Contribution; in: ASP Working Paper 317. Kiel Institute of World Economics 1997.

²⁶ Vgl. DÖPKE, J. et al., a. a. O. – DEUTSCHE BUNDESBANK, Monatsbericht Januar 1998.

²⁷ Die Auswahl der Länder orientiert sich an der Verfügbarkeit hinreichend langer Reihen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, auf deren Basis makro-ökonometrische

das gemeinsame Währungsgebiet und in die übrige Welt.

Mit Blick auf die Exportquoten in Länder außerhalb des Euroraums zeigen sich zwischen den Volkswirtschaften ausgeprägte Unterschiede. Während die Niederlande oder Portugal dort deutlich weniger als die Hälfte ihrer Ausfuhren absetzen, liegen die Exportquoten Deutschlands oder Italiens für den Nicht-Euroraum über denjenigen für Transaktionen innerhalb des gemeinsamen Währungsgebietes.

Diese Anteilsvergleiche geben dabei nur erste Anhaltspunkte über die möglichen Auswirkungen von Wechselkursschwankungen gegenüber Drittländern. Die regional unterschiedlich ausgeprägten Exportquoten lassen zunächst vermuten, dass Wechselkursänderungen differenzierte Auswirkungen auf den langfristigen Pfad des Exportwachstums in den einzelnen Ländern haben. Diese auch mit Blick auf die gegenwärtige Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber dem US-Dollar relevante Frage soll im folgenden mit Hilfe einer Kointegrationsanalyse untersucht werden.

Determinanten der Ausfuhren

In der Literatur²⁸ werden als wichtigste Bestimmungsfaktoren für die Ausfuhren die Wirtschaftsaktivität des Auslands, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Anbieter sowie in der jüngeren Vergangenheit die Intensivierung der Arbeitsteilung genannt.

Die Wirtschaftsaktivität des Auslands wird üblicherweise anhand der konjunkturellen Situation auf den wichtigsten Exportmärkten – gemessen durch den Index der Industrieproduktion bzw. das reale Bruttoinlandsprodukt – erfasst. In der folgenden Analyse wird anstelle dieser reinen Konjunkturvariablen allerdings auf den Welthandel als Determinante der Exporte zurückgegriffen. Die Verwendung des Welthandels anstelle einer Konjunkturvariablen stützt sich auf die Beobachtung, dass die Ausfuhren schneller zunehmen als die realwirtschaftlichen Aktivitätsvariablen der Handelspartner. Damit können die Exporte – und in

der Folge auch der Welthandel – nicht allein aus der konjunkturellen Entwicklung bei den Haupthandelspartnern erklärt werden. Wurden die Ursachen für die schnellere Expansion des Welthandels im Vergleich zur realwirtschaftlichen Aktivität zunächst in der fortgesetzten Handelsliberalisierung und dem Abbau von Handelshemmnissen gesehen, so werden dafür heute zwei relativ neue Phänomene im internationalen Austausch von Waren- und Dienstleistungen verantwortlich gemacht: Die rasante Ausweitung des Handels mit Vor- und Zwischenprodukten infolge einer weltweit verringerten Fertigungstiefe in der Produktion sowie die Zunahme von Markterschließungsaktivitäten.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst als weitere wesentliche Größe die Ausfuhren. Sie wird im folgenden durch den Index des realen effektiven Wechselkurses, wie er von der OECD berechnet wird, approximiert. Mit Hilfe des realen effektiven Wechselkurses ist es möglich, währungsbedingte Veränderungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber allen Volkswirtschaften zu ermitteln, mit denen ein Land intensive Handelsbeziehungen unterhält, da zusätzlich zur Wechselkursentwicklung auch die Entwicklung der internationalen Preisrelationen in den Index einbezogen wird.²⁹

Der reale effektive Wechselkurs wird in der Mengennotierung³⁰ ausgewiesen. Die Mengennotierung impliziert, dass ein Anstieg des Index des realen effektiven Wechselkurses einer Aufwertung der Inlandswährung entspricht. Das Vorzeichen der Wechselkurselastizität der Exporte sollte deshalb negativ sein, wenn angenommen wird, dass eine Aufwertung der heimischen Währung zu einem Anstieg der Fremdwährungspreise für inländische Produkte und damit zu einer sinkenden Auslandsnachfrage führt.³¹

Methodisches Vorgehen

Als Grundlage für die Analyse der Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf den langfristigen Pfad des Exportwachstums in den Euro-Ländern dienen einstufige Fehlerkorrekturmodelle, die

Schätzungen möglich sind. Solche Reihen fehlen gegenwärtig für Belgien, für Luxemburg und für Irland.

²⁸ Vgl. DÖPKE, J.; FISCHER, M.: Was bestimmt die deutschen Exporte?; in: IfW, Die Weltwirtschaft (1), 1994, S. 55-66. – LAPP, S.; SCHEIDE, J.; SOLVEEN, R.: Determinants of Exports in the G7-Countries; in: Kiel Working Paper No. 707, September 1995. – NORMAN, V. D.; VENABLES A. J.: International Trade, Factor Mobility, and Trade Costs; in: The Economic Journal, Vol. 105, No. 433, November 1995.

²⁹ Vgl. auch DURAND, M.; SIMON, J.; WEBB, C.: OECD's Indicators of International Trade and Competitiveness; in: OECD Economics Department Working Papers, No. 120.

³⁰ In der Mengennotierung gibt der Wechselkurs den Betrag an ausländischer Währungseinheit an, der für eine Einheit Inlandswährung (US-Dollar/Euro), in der Preisnotierung den Betrag an Inlandswährung, der für eine Einheit Auslandswährung zu entrichten ist (Euro/US-Dollar).

³¹ Vgl. NORMAN, V. D.; VENABLES, A. J., a. a. O.

entsprechend der Methode von Stock³² geschätzt werden. Der Ansatz von Stock stellt ein geeignetes ökonometrisches Verfahren zur Modellierung sowohl langfristiger als auch kurzfristiger Anpassungsprozesse in einem Eingleichungsmodell dar. Die in dem Modell ermittelte Kointegrationsbeziehung enthält dabei annahmegemäß die langfristige Gleichgewichtsbeziehung zwischen den Niveaus der Variablen.

Die Schätzgleichung für die Ausfuhren

In der Analyse wird folgender allgemeiner funktionaler Zusammenhang zwischen den Exporten (X) und seinen Determinanten – realer effektiver Wechselkurs (e_r) und Welthandel (WH) – modelliert:

$$\Delta \log X = \alpha_0 + \alpha_1 \Delta \log e_r + \alpha_2 \Delta \log WH + \alpha_3 \log X_{-1} + \alpha_4 \log e_{r,-1} + \alpha_5 \log WH_{-1}$$

Dabei steht Δ für die Veränderungsrate der jeweiligen Variablen zum Vorquartal; X_{-1} , $e_{r,-1}$ sowie WH_{-1} sind die in die Kointegrationsbeziehung (langfristige Gleichgewichtsbeziehung) aufgenommenen verzögerten Niveaugrößen der Variablen. Die Signifikanz der Kointegrationsbeziehung wird anhand des Koeffizienten α_3 mit Hilfe des Tests nach Banerjee^a geprüft. Da alle Werte logarithmiert sind, können die Koeffizienten als Elastizitäten interpretiert werden.

Mit Blick auf die hier untersuchte Wechselkurselastizität der Ausfuhren im langfristigen Gleichgewicht wird getestet, ob sich der Koeffizient für den Wechselkurs α_4 signifikant von Null unterscheidet.

^a BANERJEE, A.; DOLADO, J. J.; MESTRE, R.: Error-Correction Mechanism Tests for Cointegration in a Single-Equation Framework; in: Journal of Time Series Analysis, Vol. 19, No. 3, 1998.

Die Grundlage der Schätzung bilden saisonbereinigte Quartalsdaten, wobei der Beobachtungszeitraum vom ersten Quartal 1987 bis zum vierten Quartal 1999 reicht. Die Schätzgleichungen für die Exporte ausgewählter Euro-Länder enthalten als Determinanten den Welthandel sowie den realen effektiven Wechselkurs.³³ Die realen Exporte wer-

den in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berücksichtigt. Alle Variablen sind logarithmiert, so dass die Koeffizienten unmittelbar als Elastizitäten interpretiert werden können.

Ergebnisse

Die Wechselkurselastizitäten der Ausfuhren ausgewählter Euro-Länder sind in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst. Die *Kurzfristregression* bezieht sich dabei auf die Zusammenhänge zwischen den *Veränderungsraten der Variablen*. In der *Langfristregression*, die die langfristige Gleichgewichtsbeziehung enthält, wird die Beziehung zwischen den *Niveaus der Variablen* modelliert.

Tabelle 2:
Wechselkurselastizitäten^a der Ausfuhren ausgewählter Euro-Länder

	Kurzfristregression ^b	Langfristregression ^b
Deutschland	- ^c	-0,9
Frankreich	- ^c	-0,6
Italien	-0,4	-0,8
Spanien	- ^c	-1,0
Niederlande	- ^c	-0,3
Österreich	- ^c	-1,0
Finnland	-0,4	-0,7
Portugal	-0,3	-0,9

^a Signifikant von Null verschieden auf einem Signifikanzniveau von 5 %. – ^b Da der Wechselkurs in der Mengennotierung in die Regression eingeflossen ist, zeigen die Koeffizienten das erwartete negative Vorzeichen. – ^c Insignifikanter Koeffizient auf einem Signifikanzniveau von 5 %.

Quellen: OECD; Berechnungen des IWH.

Die ermittelten Wechselkurselastizitäten zeigen das erwartete negative Vorzeichen, wobei es für die Interpretation der Koeffizienten wichtig ist, dass in der Schätzung nur die Primäreffekte einer Wechselkursänderung gezeigt werden. Zweitrunde effekte, die sich beispielsweise aus einer gegenüber anderen Ländern veränderten relativen Wettbewerbsposition infolge einer Auf- oder Abwertung der Währung ergeben, lassen sich hier nicht untersuchen.

Die für die Langfristregression ausgewiesenen Elastizitäten zwischen dem Niveau der Ausfuhren und dem Niveau des Wechselkurses zeigen, dass – mit Ausnahme der Niederlande – die Wechsel-

³² Vgl. STOCK, J. H.: Asymptotic Properties of Least Squares Estimators of Cointegration Vectors; in: Econometrica, Vol. 55, 1987, S. 1035 ff.

³³ Die Schätzgleichungen für Deutschland enthalten zusätzlich zwei Dummy-Variablen für das dritte und das vierte Quartal 1990 und sind aufgrund der im Zuge der deutschen

Vereinigung erfolgten Neuorientierung der Außenhandelsströme notwendig. Dem vereinigungsbedingten Bruch in den deutschen Ausfuhrzahlen wird durch eine weitere Dummy-Variable Rechnung getragen.

kurselastizitäten der Exporte der einzelnen Länder relativ nah beieinander liegen. Eine Abwertung der Währung um 1 % erhöht demnach die Ausfuhren zwischen 0,6 % (Frankreich) und 1 % (Österreich und Spanien). Der vergleichsweise geringe Wert für die niederländische Wechselkurselastizität von 0,3 unterschätzt dabei möglicherweise aufgrund der Rolle der Niederlande als Transitland die Wechselkurssensitivität der Ausfuhren, da die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Niederlande ausgewiesenen Exporte teilweise auch die über holländische Häfen erfolgenden Warenausfuhren anderer europäischer Länder enthalten.

Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse machen deutlich, dass sich die Wirkungen einer Wechselkursänderung auf das langfristige Exportwachstum der betrachteten Euro-Länder zwar unterscheiden. Die Abweichungen sind aber (sieht man den Niederlanden ab) – gemessen an einer sich im Mittel aller Volkswirtschaften ergebenden langfristigen Elastizität (ungewichtet) von rund -0,8 – nicht allzu groß. Damit bestätigt sich die Vermutung nicht, dass Wechselkursschwankungen aufgrund der regional verschiedenen Exportquoten deutlich differenzierte

Auswirkungen auf den langfristigen Wachstumspfad der Exporte haben. Gravierende Strukturänderungen der Exporte infolge einer länger anhaltenden Auf- oder Abwertung der gemeinsamen Währung sind demnach für die Euro-Länder nicht zu erwarten.

Die Anpassungsprozesse an das durch die Kointegrationsbeziehung abgebildete langfristige Gleichgewicht und damit auch die kurzfristigen Wirkungen auf das reale Bruttoinlandsprodukt in den einzelnen Ländern lassen sich auf Basis der Analyse nicht hinreichend beurteilen. In der Kurzfristregression, die die direkten Zusammenhänge zwischen den Veränderungsraten der Variablen modelliert, lassen sich nur für Italien, für Finnland und für Portugal statistisch von Null verschiedene Koeffizienten für den Einfluss von Wechselkursänderungen auf den Anstieg der Exporte nachweisen. In den übrigen Ländern sind diese Wirkungen zwar auch vorhanden. Sie scheinen aber eher indirekt zu wirken und können damit in der Schätzung nicht erfasst werden.

Michael Seifert
(mst@iwh-halle.de)

Gibt es den Weltrealzinssatz?

Eine Analyse mit panelökonometrischen Verfahren für die Länder der G7

Die wachsende Integration der internationalen Güter- und Kapitalmärkte lässt eine zunehmende Angleichung der nationalen Realzinssätze erwarten. Nach der Hypothese der Realzinsparität wird weltwirtschaftlich ein einheitlicher Realzinssatz oder zumindest eine feste Zinsdifferenz prognostiziert. In der vorliegenden Arbeit wird untersucht, inwieweit die Angleichung der Realzinssätze bereits fortgeschritten ist.

Ob die Realzinsparität eine realistische Beschreibung der Wirklichkeit darstellt, ist eine rein empirische Frage. Im Folgenden wird die Hypothese für die Länder der G7 überprüft. Dabei wird die Panelstruktur der Daten mit einbezogen. Auf diese Weise lässt sich ein relativ starker empirischer Test der Hypothese durchführen.

Die empirischen Ergebnisse sprechen für die langfristige Geltung der Realzinsparität. Offenbar hat die wachsende weltwirtschaftliche Integration zu einer stärkeren Übereinstimmung der nationalen Realrenditen geführt.

Nach der Hypothese der Realzinsparität gleichen sich die realen Renditen unterschiedlicher Länder im Zeitablauf an, sodass sich weltweit ein einheitliches Zinsniveau einstellt. Nationale Zinssätze können sich daher nur temporär auseinanderentwickeln und sind durch ein gemeinsames Band miteinander verbunden.

Angesichts der fortschreitenden Integration der internationalen Güter- und Kapitalmärkte lässt sich vermuten, dass die Annahme der Realzinsparität im wesentlichen Gültigkeit besitzt. Bisherige empirischen Studien haben jedoch nur vereinzelt Belege für die Geltung der Beziehung gefunden.³⁴

³⁴ Vgl. etwa GOODWIN, B. K.; GRENNES, T. J. (1994): Real Interest Rate equalization and the Integration of International Financial Markets. *Journal of Money and Finance*, Vol. 13, S. 107-124. – WU, J.-L.; CHEN, S.-L. (1998): A Re-examination of Real Interest Parity. *Canadian Journal of Economics*, Vol. 31, S. 837-851.

Tatsächlich wird die Hypothese von der überwiegenden Mehrzahl der Analysen abgelehnt.³⁵

Die fehlende empirische Evidenz mag substantielle Ursachen haben und in einer unvollkommenen Marktintegration begründet sein. Aber auch die Wahl eines adäquaten ökonometrischen Verfahrens ist nicht von unerheblicher Bedeutung. So haben etwa gewöhnliche Einheitswurzeltests oft eine nur geringe Trennschärfe, die keine zuverlässige Beurteilung der Gleichgewichtsbedingung erlaubt.³⁶ Dieser Einwand kann mit Panel-Einheitswurzeltests abgeschwächt werden. Durch die Einbeziehung der Querschnittsdimension wird insbesondere eine Erweiterung der langfristigen Informationsmenge erreicht, die geeignet ist, die Aussagekraft der Tests zu erhöhen.³⁷ Die Verfahren sind bisher vor allem bei der Evaluation der Kaufkraftparitätentheorie angewendet worden.³⁸ Sie werden hier für die Überprüfung der Realzinsparität in den Ländern der G7 eingesetzt.³⁹

Ableitung der Realzinsparität

Die Angleichung der Realzinssätze setzt die Wirksamkeit von Arbitragebedingungen an den internationalen Güter- und Kapitalmärkten voraus. Tatsächlich lässt sich der Zusammenhang zwischen Wechselkurs, Preisniveaus und nominalen Zinssätzen im Rahmen von drei internationalen Pa-

ritäten beschreiben, von denen jeweils zwei Beziehungen die verbleibende dritte Gleichgewichtsbedingung implizieren.⁴⁰ Die Realzinsparität folgt zum einen aus der relativen Form der Kaufkraftparitätentheorie, nach der die Änderung des nominalen Wechselkurses dem Inflationsgefälle zwischen den betrachteten Ländern entspricht. Damit ist der reale Wechselkurs konstant.

Bei Geltung der Beziehung ist die im Zeitpunkt t erwartete Wechselkursänderungsrate gleich der prognostizierten Differenz der Inflationsraten, sodass man

$$(1) \quad E_t(s_{t+j} - s_t) = E_t(\pi_{t+j} - \pi_{t+j}^*)$$

erhält. In dieser Formulierung bezeichnet s den (logarithmierten) Wechselkurs in Preisnotierung und π die für den Zeitraum von t bis $t+j$ geltende Inflationsrate. Entsprechende ausländische Variablen sind mit einem * indiziert. Die Prognosen ergeben sich als bedingte Erwartungswerte und werden auf der Basis der im Vorhersagezeitpunkt verfügbaren Informationsmenge formuliert. Sie entsprechen damit rationalen Erwartungen.

Die zweite Arbitragebedingung ist die ungedeckte Zinsparität. Danach stimmt die rational erwartete Wechselkursänderung näherungsweise mit der Differenz zwischen den nominalen Renditen

$$(2) \quad E_t(s_{t+j} - s_t) = i_{j,t} - i_{j,t}^*$$

überein, sofern sich die internationalen Kapitalanleger risikoneutral verhalten. Darin ist i der Nominalzinssatz für Finanzanlagen, die im Zeitpunkt t eine Restlaufzeit von j Perioden haben. Sind die Bedingungen (1) und (2) gemeinsam erfüllt, gilt

$$(3) \quad i_{j,t} - i_{j,t}^* = E_t(\pi_{t+j} - \pi_{t+j}^*),$$

sodass die Nominalzinsdifferenz zwischen In- und Ausland dem erwarteten Inflationsgefälle entspricht. Durch Umstellung ergibt sich die Realzinsparität

$$(4) \quad i_{j,t} - E_t\pi_{t+j} = i_{j,t}^* - E_t\pi_{t+j}^*,$$

die eine internationale Übereinstimmung der erwarteten realen Renditen im In- und Ausland für Anlagen mit gleicher Maturität beinhaltet. Dabei sind die ex ante Realzinssätze approximativ als Differenz zwischen dem Nominalzinssatz und der Inflationsprognose für eben diese Anlageperiode definiert.

³⁵ Vgl. z. B. RAGNITZ, J.: Der internationale Zinszusammenhang. Köln, 1989. – EDISON, H. J.; PAULS, D. (1993): A Re-Assessment of the relationship between Real Exchange Rates and Real Interest Rates: 1974-1990. *Journal of Monetary Economics*, Vol. 31, S. 165-187. – PARIKH, A. (1994): Tests of Real Interest Parity in International Currency Markets. *Journal of Economics*, Vol. 59, S. 167-191.

³⁶ Einen Überblick über Einheitswurzeltests gibt zum Beispiel HASSLER, U. (1994): Einheitswurzeltests – Ein Überblick. *Allgemeines Statistisches Archiv*, Vol. 78, S. 207-228. Vgl. auch CAMPBELL, J. Y.; PERRON, P. (1991): Pitfalls and Opportunities: What Macroeconomists should know about Unit Roots. *National Bureau of Economic Research Macroeconomics Annual*, S. 141-201.

³⁷ Vgl. LEVIN, A.; LIN, C.-F. (1992): Unit Root Tests in Panel Data: Asymptotic and Finite Sample Properties. Discussion Paper 92-23. University of California at San Diego. – LEVIN, A.; LIN, C.-F. (1993): Unit Root Tests in Panel Data: New Results. Discussion Paper 93-55. University of California at San Diego.

³⁸ Vgl. MacDONALD, R. (1996): Panel Unit Root Tests and Real Exchange Rates. *Economics Letters*, Vol. 50, S. 7-11. – O'CONNELL, P. G. J. (1998): The Overvaluation of Purchasing Power Parity. *Journal of International Economics*, Vol. 44, S. 1-19.

³⁹ Zu der Gruppe der G7-Länder zählen die USA, Kanada, Großbritannien, Japan, Deutschland, Frankreich und Italien.

⁴⁰ Vgl. auch KRUGMAN, P.; OBSTFELD, M. (1998): *International Economics*, Kapitel 16. New York.

Nach Gleichung (4) sind die Realzinssätze im In- und Ausland nicht notwendig konstant. Sie werden sich jedoch im Zeitablauf gleichartig entwickeln, sodass ihre Differenz gleich 0 oder zumindest unverändert ist.

Operationalisierung der Realzinsparität

Ein empirischer Test der Realzinsparität kann nicht davon ausgehen, dass die Bedingung in jedem Zeitpunkt exakt erfüllt ist. So können Differenzen zwischen zwei Realzinssätzen innerhalb einer Bandbreite auf das Vorliegen von Transaktionskosten zurückzuführen sein.⁴¹ Die Abweichungen von der Realzinsparität beschreiben dann keine unausgenutzten Arbitragemöglichkeiten, weil das erzielbare Renditedifferential durch die auftretenden Kosten kompensiert wird.

Aber auch bei einer Aufweichung der Paritäten (1) und (2) können sich temporäre Schwankungen um die Gleichgewichtsbedingung einstellen. Zum Beispiel kann eine international unterschiedliche Produktivitätsentwicklung Abweichungen von der Kaufkraftparität begründen.⁴² Dennoch bleibt die Parität als langfristige Gleichgewichtsbeziehung erhalten, sofern sich die Produktivitäten nicht systematisch über einen längeren Zeitraum auseinander entwickeln.

Die ungedeckte Zinsparität unterstellt, dass sich internationale Kapitalanleger risikoneutral verhalten. Sind die Akteure risikoavers, ist Gleichung (2) um eine Risikoprämie zu ergänzen. Die Bedingung der Realzinsparität bleibt jedoch valide, sofern die Prämie im Zeitablauf näherungsweise unverändert ist. In diesem Fall ist eine Realzinsdifferenz zu erwarten, die im Zeitablauf näherungsweise konstant bleibt.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die Hypothese für die erwarteten realen Renditen gilt, die sich jedoch einer direkten Beobachtung entziehen. Für die empirische Analyse sind diese Variablen zu operationalisieren. Dazu lassen sich ex post Realzinssätze verwenden, die auf Basis der in der Anlageperiode realisierten Inflationsraten berechnet werden. Die Betrachtung der ex post Reihen ist dann gerechtfertigt, wenn die Abweichun-

gen zwischen realisierter und erwarteter Inflationsrate nur temporär relevant sind.

Insgesamt kann die Realzinsparität nur noch als langfristig geltende Beziehung überprüft werden. Dies erfolgt auf der Grundlage von Einheitswurzeltests.

Einheitswurzeltests mit Paneldaten

Allgemein lässt sich mit Einheitswurzeltests beurteilen, ob eine bestimmte Variable ein stationäres Verhalten zeigt oder nicht. Bei einer stationären Entwicklung sind der Mittelwert und die Varianz der betrachteten Größe im Zeitablauf konstant. Auftretende Schocks können sich nur temporär auf die Variable auswirken. Es kann daher erwartet werden, dass eine stationäre Variable ein einmal erreichtes Niveau mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder erreicht. In diesem Sinne kann die Realzinsparität als langfristige Gleichgewichtsbedingung gerechtfertigt werden, wenn die Differenz je zweier Realzinssätze stationär ist. Ist die Realzinsparität temporär infolge von Schocks verletzt, wird das Gleichgewicht im Zeitablauf wieder hergestellt.

Die Nullhypothese kann bei Einheitswurzeltests sowohl in der Nichtstationarität als auch in der Stationarität der untersuchten Größe bestehen. In dieser Arbeit werden jedoch nur Tests herangezogen, welche die Nichtstationarität unter der Nullhypothese vermuten. Die Ablehnung einer solchen Hypothese kann als starkes Indiz für die Gültigkeit der Realzinsparität herangezogen werden.

Allerdings haben die üblichen Einheitswurzeltests nur eine geringe sogenannte Macht, d. h. die Wahrscheinlichkeit, eine falsche Nullhypothese beizubehalten, ist relativ groß. Dies gilt um so mehr, je schwächer die Anpassung an das langfristig geltende Gleichgewicht ausgeprägt ist.⁴³

Die Macht der Tests kann jedoch durch eine Verbreiterung der Beobachtungsbasis gesteigert werden. Dies kann durch die Einbeziehung der Querschnittsdimension erfolgen. Auf dieser Vorgehensweise fußen die Panel-Einheitswurzeltests. Darin werden verschiedene Untersuchungseinheiten respektive Realzinsdifferenzen gemeinsam betrachtet. In dieser Arbeit werden die Paneltests von Levin und Lin (LL-Test) und von Im, Pesaran und Shin (IPS-Test) durchgeführt.⁴⁴

⁴¹ Vgl. CLINTON, K. (1988): Transaction Costs and Covered Interest Arbitrage: Theory and Evidence. *Journal of Political Economy*, Vol. 96, S. 358-370.

⁴² Vgl. BALASSA, B. (1964): The Purchasing Power Parity Doctrine: A Reappraisal. *Journal of Political Economy*, Vol. 72, S. 584-596.

⁴³ Vgl. CAMPBELL, J. Y.; PERRON, P. (1991), a. a. O.

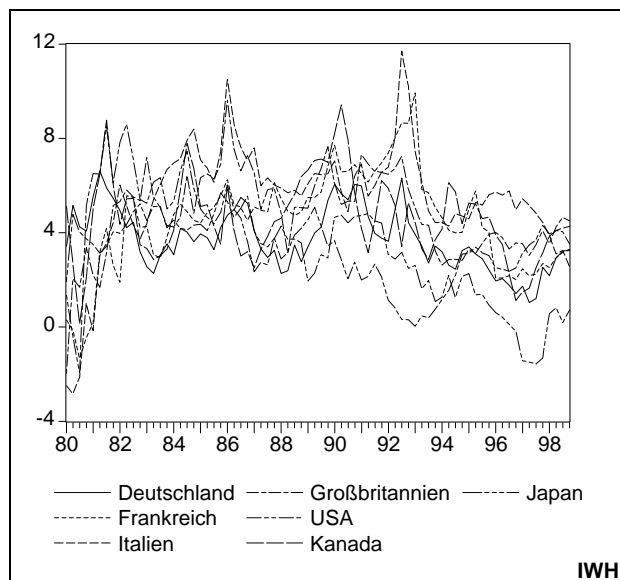
⁴⁴ Vgl. LEVIN, A.; LIN, C.-F. (1993), a. a. O., S. 8 ff. – IM, K. S.; PESARAN, H. M.; SHIN, Y. (1997): Testing for Unit Roots in Heterogeneous Panels. Department of Ap-

Empirische Analyse

In der Untersuchung wird die Hypothese der Realzinsparität für die Ländergruppe der G7 auf der Basis von Quartalsdaten im Zeitraum von I/1980 bis IV/1998 überprüft, sodass für die Panel-einheiten jeweils 76 Beobachtungen vorliegen. Dabei werden ex post Realzinssätze verwendet, die sich als Differenz zwischen den nationalen Geldmarktzinsen und der realisierten Inflation ergeben. Konkret werden nominale Dreimonatszinssätze und Inflationsraten verwendet, die für die Anlageperiode gelten. Die Inflationsraten sind annualisiert und werden auf der Grundlage der Konsumentenpreisindices berechnet. Da das Verhalten der Akteure weniger von saisonalen Schwankungen bestimmt sein dürfte, werden die Preisindices vorab mit dem multiplikativen Census-X11-Verfahren saisonbereinigt. Die Variablen sind den Main Economic Indicators der OECD entnommen. Der Verlauf der realen ex post Renditen ist in der Abbildung dargestellt.

Abbildung:

Entwicklung der ex post Realzinssätze in den Ländern der G7 im Zeitraum von I/1980 bis IV/1998



Quelle: OECD, Main Economic Indicators; Berechnungen des IWH.

Sofern sich die Realzinsparität als langfristige Gleichgewichtsbedingung rechtfertigen lässt, ist die Differenz je zweier Realzinssätze stationär. Zunächst werden die Realzinsdifferenzen relativ zu den USA berechnet. Damit ein Eindruck hinsicht-

lich der Sensitivität der Ergebnisse entsteht, wird in einer zweiten Runde Deutschland als Ausland gewählt. Dies erfolgt auch, weil in früheren Studien oftmals unterschiedliche Ergebnisse gefunden wurden, je nachdem, welches Land bei den Berechnungen der Realzinsdifferenzen die Rolle des Auslands übernimmt. Die Ergebnisse der Panel-einheitstests werden in der folgenden Tabelle berichtet.

Tabelle:

Stationarität der Realzinsdifferenz: LL- und IPS-Test

	Ausland	
	USA	Deutschland
LL	-6.12*	-4.33*
IPS	-4.90*	-4.08*

LL = Levin-Lin-Test, IPS = Im-Pesaran-Shin-Test. Ein * bedeutet die Signifikanz der Prüfgröße auf dem 0.05-Niveau. Die Berechnungen erfolgen mit mittelwertbereinigten Größen, in denen zeitindividuelle Effekte nicht mehr enthalten sind.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Offenbar können beide Panel-einheitstests die Nullhypothese der Nichtstationarität widerlegen, sodass sich die Annahme der Realzinsparität im untersuchten Zeitraum rechtfertigen lässt. Die Verwerfung der Nullhypothese ist insbesondere unabhängig davon, ob als Ausland die USA oder Deutschland betrachtet wird.

Fazit

Realzinssätze unterschiedlicher Länder können sich im Zeitablauf nicht unbegrenzt auseinander entwickeln, da die Differenz aus je zwei Realzinssätzen stationär ist. Das Ergebnis gilt unabhängig davon, welches Land in den Berechnungen als Ausland herangezogen wird. Damit bestätigt der Befund eine wachsende weltwirtschaftliche Integration.

Christian Dreger
(cdr@iwh-halle.de)

Christian Schumacher
(christian.schumacher@hwwa.de)

Branchenskizze: Ostdeutsche Gummi- und Kunststoffwarenindustrie

Die Gummi- und Kunststoffwarenindustrie gehört zu den Industriebranchen in Ostdeutschland mit der höchsten Dynamik bei Produktion und Absatz. So wurde das Produktionsvolumen von 1991 bis 1999 um rund das Zweieinhalbfache ausgeweitet, darunter seit 1995 um fast die Hälfte⁴⁵ (vgl. Tabelle). In Verbindung mit dem kräftigen Produktionswachstum, das u. a. aus der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der hohen Nachfrage nach Baubedarferzeugnissen resultierte, nahm auch die Beschäftigung wieder zu. Gleichzeitig wurden deutliche Rentabilitätsfortschritte erzielt.

Die Unternehmen der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie (rund 70.000 Beschäftigte Ende 1989) mussten nach der Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung, wie die Mehrzahl der Unternehmen in Ostdeutschland, tiefgreifende Veränderungen einleiten, um wettbewerbsfähig zu werden. Dazu zählten das Aufspalten oder die Liquidation von Betrieben bzw. Betriebsteilen, ein radikaler Personalabbau, die Reorganisation innerbetrieblicher Abläufe (z. B. der Aufbau eigener Vertriebsnetze), die Erneuerung der Erzeugnissortimente und Investitionen in neue Anlagen und Technologien. Unvermeidlich waren zum Teil drastische Produktions- und Umsatzrückgänge sowie sich anhäufende finanzielle Verluste. So ging z. B. in der damaligen Pneumant Reifenwerke AG, Fürstenwalde, dem ehemals größten Reifenproduzenten in der DDR, der Umsatz im Jahr 1990 um rund ein Drittel gegenüber 1989 und im Jahr danach noch einmal um rund 60 % zurück (Reifen für die Pkw „Trabant“ und „Wartburg“ wurden bekanntermaßen nicht mehr benötigt). In dem Maße, wie die Veränderungen von den Unternehmensleitungen bewältigt wurden, stellten sich nach und nach auch Fortschritte ein. Die Privatisierung – etwa ein Fünftel der Unternehmen befindet sich nach einer DIW-Umfrage im Frühjahr 1998 in westdeutschem oder ausländischem Eigentum – beschleunigte zumeist diesen Prozess.

Die Produktion von *Kunststoffwaren*, die etwa fünf Sechstel der Gesamtproduktion der Branche ausmacht, begann sich bereits Mitte 1991 zu erholen – erheblich früher als die Produktion von

Gummiwaren (etwa Mitte 1993). Insbesondere die steigende Nachfrage nach Baubedarfsartikeln bewirkte hohe Wachstumsraten: von 1991 bis 1995 betrugen sie in den Betrieben mit über 20 Beschäftigten durchschnittlich jährlich 29 % und im Zeitraum von 1995 bis 1999 jahresdurchschnittlich rund 10 %. Baubedarferzeugnisse hatten 1995 einen Umsatzanteil von 45 % und 1999 noch von rund 37 % (in Westdeutschland 1999 nur 15 %). Der gesamte Umsatz an Kunststoffwaren im Jahr 1999 betrug rund 5,8 Mrd. DM, knapp 8 % des gesamtdeutschen Umsatzes an Kunststoffwaren. Obwohl sich die Lieferungen in das Ausland von 1995 bis 1999 mehr als verdreifacht haben, ist der Exportanteil erst etwa halb so groß wie jener in Westdeutschland. Vom langjährigen kräftigen Produktions- und Umsatzanstieg hat auch die Beschäftigung profitieren können. 1999 (per 30.06.) erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, hierbei Betriebe mit unter 20 Beschäftigten einbezogen, um ca. 300 bzw. 1,1 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum auf rund 28.400. In der Arbeitsproduktivität, gemessen an der Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten, erreichten die Unternehmen 1997 etwa drei Viertel des westdeutschen Niveaus; diese Lücke dürfte sich seitdem noch etwas verringert haben. Zum Wachstum der Produktivität haben u. a. Investitionen in Höhe von ca. 3 Mrd. DM mit beigetragen, die von 1991 bis 1999 aufgewendet worden sind. Die Kunststoffindustrie gehört zu den wenigen Industriebranchen in Ostdeutschland, deren Unternehmen bereits seit Mitte der 90er Jahre rentabel wirtschaften.

Die Produktion von *Gummiwaren* hat sich von 1991 bis 1999 jährlich um durchschnittlich rund 10 % erhöht. 1999 setzten die Unternehmen Waren im Wert von 1,1 Mrd. DM um. Gegenüber den Unternehmen der Kunststoffwarenproduktion dürften sie die Rentabilitätsschwelle allerdings noch nicht erreicht haben.

Siegfried Beer
(sbr@iwh-halle.de)

⁴⁵ Das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland legte in diesen Zeiträumen um rund 70 % bzw. 37 % zu.

Tabelle:

Die ostdeutsche Gummi- und Kunststoffwarenindustrie 1995 bis 1999^b in amtlichen Daten

		ME	1995	1996	1997	1998	1999	
I.	Ausgewählte Kenndaten							
1.	Betriebe	Anzahl	357	389	416	436	459	
2.	Beschäftigte ^c	1.000 Pers.	22,6	23,5	24,9	27,1	28,8	
3.	Produktionsindex (1995=100)	%	100,0	108,4	122,5	132,5	146,2	
4.	Umsatz insgesamt ^d	Mio. DM	4.678	5.111	5.746	6.285	6.888	
4.1.	Inlandumsatz ^d	Mio. DM	4.342	4.663	5.164	5.562	5.908	
4.2.	Auslandumsatz ^d	Mio. DM	336	449	582	723	980	
	<i>Exportquote</i>	%	7,2	8,8	10,1	11,5	14,2	
5.	Bruttowertschöpfung ^{e*}	Mio. DM	1.292	1.426	1.490	.	.	
	<i>Vorleistungsquote*</i>	%	69,4	67,4	69,0	.	.	
6.	Bruttoanlageinvestitionen	Mio. DM	407	466	523	531	.	
II.	Produktionssparten mit hohen Umsatzanteilen (Umsatz insgesamt = 100)							
	Baubedarfsartikel aus Kunststoff	%	38,0	37,5	37,8	34,6	30,7	
	Platten, Folien, Schläuche u. Profile aus Kunststoff	%	22,2	21,7	21,3	20,4	23,6	
	Sonstige Kunststoffwaren	%	17,5	18,4	19,5	21,8	23,4	
III.	Anteile der Branche am Verarbeitenden Gewerbe^f Ostdeutschlands:							
	Beschäftigte	%	3,9	4,2	4,5	4,8	5,0	
	Umsatz	%	3,9	4,1	4,1	4,1	4,2	
	Auslandumsatz	%	2,3	2,9	2,8	2,6	3,2	
	Bruttowertschöpfung *	%	3,8	4,1	3,9	.	.	
	Bruttoanlageinvestitionen	%	2,7	3,2	3,7	4,0	.	
IV.	Ausgewählte Ost/West-Vergleichsdaten:							
1.	Arbeitsproduktivität ^{g*}	O	1.000 DM	63,6	67,8	67,9	.	.
		W	1.000 DM	92,9	95,3	.	.	.
	<i>darunter: Herstellung von Kunststoffwaren</i>	O	1.000 DM	65,7	68,2	.	.	.
		W	1.000 DM	90,6	94,2	.	.	.
2.	Anteil der Kosten am Bruttoproduktionswert ^{d*}	O	%	99,6	99,0	98,4	.	.
		W	%	96,9	96,9	.	.	.
	<i>darunter: Herstellung von Kunststoffwaren</i>	O	%	98,0	97,8	.	.	.
		W	%	97,1	96,5	.	.	.
3.	Lohnstückkosten ^{h*}	O	%	57,8	57,1	58,1	.	.
		W	%	59,5	59,0	.	.	.
4.	Löhne und Gehälter je Beschäftigten	O	1.000 DM	36,5	38,6	39,4	39,7	41,0
		W	1.000 DM	55,4	56,4	57,3	58,3	59,3
5.	Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten ⁱ	O	1.000 DM	18,6	19,8	20,7	20,0	.
		W	1.000 DM	12,0	11,5	12,8	14,1	.

^a Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93); Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, außer: * Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. – ^b Ab 1997 erweiterter Berichtskreis (Ergebnis der Handwerkszählung 1995). – ^c Einschließlich tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehöriger. – ^d Ohne Umsatzsteuer. – ^e Unbereinigt, in jeweiligen Preisen. – ^f Ohne Verlagsgewerbe und ohne Recyclinggewerbe. – ^g Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen, je Beschäftigten. – ^h Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zur Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen. – ⁱ Beschäftigtenzahl: September des jeweiligen Jahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

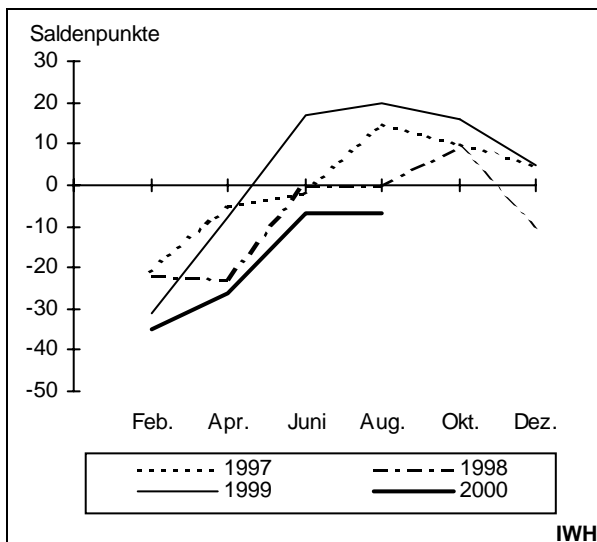
Ostdeutsches Baugewerbe im August 2000: Stimmungstief hält an

Die IWH-Umfrage unter 300 ostdeutschen Bauunternehmen im Monat August deutet nach der ohnehin schwachen Frühjahrsbelegung auf eine weiterhin sehr kritische Gesamtentwicklung hin. Der Indikator für die Geschäftslage verharrt auf dem Niveau der vorangegangenen Befragung im Juni und liegt weiterhin deutlich unter dem Vorjahresniveau. Der Anteil der Unternehmen, die mit dem aktuellen Baugeschäft nicht zufrieden sind, bleibt mit 53% unverändert hoch. Nur 13% der be-

fragten Unternehmen ihre Geschäftslage überwiegend negativ. Dabei sind mit 60% pessimistischer Urteile besonders die Großbetriebe im Minusbereich stark abgedriftet. Im Ausbaugewerbe ist der Saldo aus den optimistischen und pessimistischen Wertungen zur Geschäftslage zwar noch nicht auf dem Nullpunkt angelangt, aber auch hier wird der Vorjahreswert deutlich unterschritten.

Das Tief kommt auch in den Geschäftsaussichten zum Vorschein und durchzieht in breiter

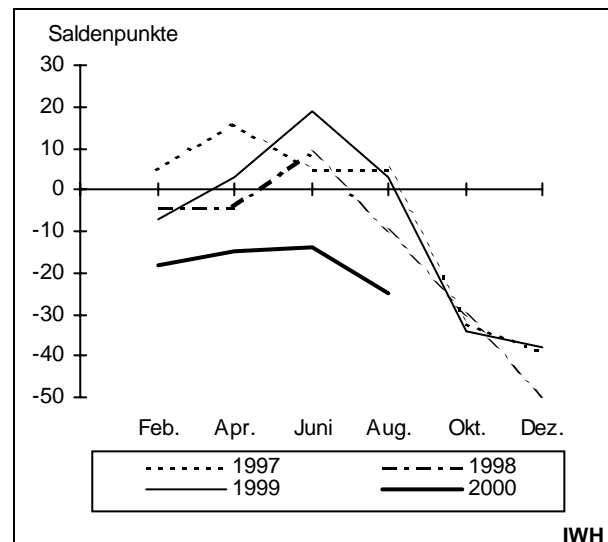
Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

fragten Unternehmen bezeichnen die derzeitige Lage als „gut“, 34% als „eher gut“. Erstmals seit Beginn der Befragung im Jahr 1993 hat damit die überwiegend pessimistische Stimmung auch im Sommer angehalten. Zugleich wird das bisherige Sommertief aus dem Jahr 1998, in dem der bisher größte Produktionseinbruch erfolgte, erheblich unterschritten. Maßgeblich dafür ist, dass sich die Auftragsrückgänge im zweiten Quartal 2000 saisonbereinigt in allen Sparten stark beschleunigt haben: Neben der seit längerem zu beobachtenden Schwäche im Hochbau, dessen Ordertätigkeit im zweiten Quartal um 9% gegenüber dem Vorquartal zurückging, hat nun mit 13% auch die Nachfrage im Tiefbau kräftig nachgegeben. Vor diesem Hintergrund bewerteten sowohl die Hochbau- als auch

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

Front alle Sparten, Größen- und Statusgruppen. Extrem schwach sind allerdings die Produktionserwartungen der Hochbauunternehmen. Dass sich die Rückführung der Baukapazitäten auf ein langfristig tragbares Niveau mindestens bis in das nächste Jahr zieht, erscheint unstrittig. Die Hoffnungen, dass sich dieser Kapazitätsabbau nach der sprunghaften Anpassung 1998 und der moderaten Abwärtsbewegung 1999 als „weiche Landung“ vollzieht, dürften angesichts der aktuellen Produktions- und Auftragsentwicklung nun wohl geschwunden sein.

Brigitte Loose
(blo@iwh-halle.de)

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – August 2000

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Aug 99	Juni 00	Aug 00	Aug 99	Juni 00	Aug 00	Aug 99	Juni 00	Aug 00	Aug 99	Juni 00	Aug 00	Aug 99	Juni 00	Aug 00
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	15	13	13	45	34	34	37	44	43	3	9	10	20	-7	-7
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	9	10	12	47	33	31	41	46	46	3	11	11	12	-14	-14
darunter ^b															
Hochbau	11	12	13	42	32	30	44	46	44	3	10	13	7	-13	-14
Tiefbau	7	7	7	53	34	35	38	46	50	2	13	8	20	-18	-15
Ausbaugewerbe	28	19	17	42	36	39	29	39	35	1	6	9	39	10	12
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	14	17	21	45	31	30	33	36	37	8	16	12	18	-3	3
20 bis 249 Beschäftigte	17	14	14	44	33	34	37	46	43	2	7	9	22	-6	-5
250 und mehr Beschäftigte	12	0	0	53	42	39	35	33	46	0	25	15	29	-17	-23
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	9	8	8	44	32	32	45	50	47	2	10	13	5	-20	-20
Neugründungen	13	17	4	50	40	46	35	42	40	2	1	10	26	13	0
Bauhandwerk	24	19	24	42	35	29	31	34	39	3	12	8	32	8	7
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	9	8	7	43	35	30	46	46	50	3	11	13	3	-14	-25
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	6	6	12	43	32	31	48	50	46	3	12	11	-2	-23	-32
darunter ^b															
Hochbau	6	7	8	42	32	24	48	51	52	5	11	16	-4	-23	-36
Tiefbau	5	6	3	45	31	35	49	49	50	1	15	12	0	-26	-24
Ausbaugewerbe	13	12	10	43	42	36	43	37	44	2	9	9	12	8	-7
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	8	10	11	44	38	30	37	39	44	12	13	15	4	-4	-17
20 bis 249 Beschäftigte	9	9	8	43	34	29	46	47	50	2	10	13	4	-15	-27
250 und mehr Beschäftigte	12	0	0	35	42	42	53	41	50	0	17	8	-6	-17	-17
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	4	5	2	41	34	33	53	51	56	2	10	9	-10	-22	-30
Neugründungen	10	10	4	45	38	41	45	46	49	0	6	6	10	-3	-11
Bauhandwerk	12	9	16	43	41	27	40	36	38	5	14	19	10	1	-14

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.